

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

173 (29.7.1914)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserte billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

Der drohende Weltkrieg

Berlin, 27. Juli, abends.

In diesem Augenblick furchtbarer Spannung verdienen drei Katastrophen die schärfste Beachtung. Serbien ist in seiner Antwortnote Oesterreich viel weiter entgegengekommen, als irgend ein Politiker in der ganzen Welt für denkbar gehalten hätte. Oesterreich hat trotzdem auf diese Antwort in die diplomatischen Beziehungen abgedroht, es hat aber die militärischen Operationen nicht sofort eröffnet. Es hat sich scheinbar nicht einmal des Stimmübergangs nach Belgrad rechtzeitig versichert und hat den gefangenen serbischen Generalkommandanten wieder freigelassen. Die Pause vor dem Beginn des weltgeschichtlichen Dramas ist zu diplomatischen Verhandlungen benützt worden, wobei die Jüge einer englisch-italienischen und einer deutsch-französischen Kooperation zur Erhaltung des Friedens deutlich hervortreten.

Wir glauben bestimmten Grund zur Annahme zu haben, daß die deutsche Regierung wenigstens zur Stunde noch ehrlich beabsichtigt, den Frieden zu erhalten. In diesem Ziel begegnet sie sich mit den Wünschen der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes, die sich durch nächtlichen Straßenlärm der reaktionären Kriegshetze nicht verwirren läßt. Ob sich die deutsche Regierung bei der Verfolgung dieses Zieles überall der zweckdienlichen Mittel bedient, muß dahingestellt bleiben. Es ist zu befürchten, daß sie durch Ueberpannung des Bündnisses gegen einen verhängnisvollen Fehler begeht. Daß die deutsche Regierung die wahnsinnige Wiener Politik innerlich billigt, ist nicht anzunehmen, sie glaubt sich aber verpflichtet, in der Unterstützung Oesterreichs bis hart an die Grenze des Möglichen zu gehen. Wehe, wenn sie diese Grenzen überschreitet, wenn sie der Wiener Preispolitik die Interessen des deutschen Volkes und ganz Europas opfert!

Der Versuch, ein deutsch-französisches Einvernehmen zu erzielen, entspricht völlig den Anschauungen, die hier schon dargelegt worden sind. Er wird aber nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sich Frankreich und Deutschland ihrer staatl. Selbständigkeit bewußt bleiben, wenn sie sich nicht von Paniklästern und den Schwarzgelben ins Schlepptau nehmen lassen.

Könnte man für einen Augenblick vergessen, daß es sich um Millionen Menschenleben, daß es sich um das Schicksal der ganzen europäischen Menschheit handelt, so könnte man sich über die posthume Komik der Situation, die sich zwischen Deutschland und Frankreich ergeben hat. Daß Herr Bieubonne-Martin, der stellvertretende Ministerpräsident, in seinem Arbeitszimmer: ein Mann von hoher Kultur und sicher kein Feindesfeind, und ihm gegenüber sitzt freundlich der deutsche Botschafter, Freiherr v. Schoen, der als ein begeisterter Franzosenfreund bekannt ist und der sich glücklich wählt, als Vertreter Deutschlands im glänzenden Paris leben zu dürfen. Beide überlegen in harmonischer Kameradschaft, was zu tun sei, um den drohenden Schrecken abzuwenden — und hinter ihnen stehen ihre Regierungen, stehen die ungeheuren Massen der beiden Völker, die in Frieden miteinander leben wollen.

Und diese fast schäferhaft idyllische Szene soll morgen vielleicht wildem Schlachtgetöse weichen? Frankreich und Deutschland sollen einander an die Gurgel springen, wie Rußland befehlt und Oesterreich gebietet? Keiner von beiden will das Entschliche, aber mit dem Strich ihrer Bündnispflichten um den Hals sollen die beiden unglücklichen Opfer zur Schlachtbank geschleift werden. Und das sollen Großmächte sein? Das ist die Rolle, die die beiden größten Kulturvölker des europäischen Kontinents in der Weltgeschichte zu spielen berufen sind?

Nein, die Pflichten des ungeschriebenen Bundes der Vernunft und Menschlichkeit stehen tausendmal höher als die zu Hohn und Aberwitz gewordenen geschriebenen Bündnispflichten des Zweibundes, des Dreibundes und aller sonstigen Bündnisverträge der Welt. Frankreich verliert seine Ehre, wenn es sich zum Hofhund des Jaren erniedrigt, Deutschland gibt seine Würde und seine Stellung als selbständige Macht auf, wenn es auf Geheiß der Wiener Vergewaltigungspolitik mit geschlossenen Augen in den Abgrund springt. Beide können aber gemeinsam den besten Ruhm erwerben, wenn sie sich vereinigen zu dem festen Entschluß, daß es wegen Rußland und Oesterreich keinen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich geben darf.

Wenn es Frankreichs Pflicht ist, Rußland auf die Gefahr der Vereinsamung aufmerksam zu machen, so ist es Deutschlands Pflicht, Oesterreich klar zu machen, daß das deutsche Reich keine schwarze Satrapie ist. Als wir gestern schrieben, Deutschland könne Oesterreich, da es das Schwert gezogen habe, nicht mehr in den Arm fallen, waren wir das Opfer einer diplomatischen Lüge, die den Text der serbischen Antwort unterlag und den Beginn der Feindseligkeiten als unmittelbar bevorstehend ankündigte. In Wahrheit hat Serbien aus seiner Schwäche und aus dem Rat der Mächte die bittere Konsequenz gezogen, seine

Unterwerfung anzukündigen, und darum ist das Schwert Oesterreichs in den ersten vierundzwanzig Stunden nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen noch nicht niedergefallen. Ob die deutsche Regierung diese schicksalsschwangere Spanne Zeit ausnützte, wie sie mußte, ob sie mit aller Macht auf Oesterreich drückte, um die militärischen Operationen weiter hinauszuschieben und den Bundesgenossen zur Annahme der serbischen Angebote zu bewegen — das wissen wir noch nicht. Aber

in der Weltgeschichte wird es demnächst zu lesen sein, und je nachdem wird das Urteil über die deutsche Politik gefällt werden.

Gelingt es nicht, die serbisch-österreichische Krise zu einer raschen Lösung zu bringen, kommt es darüber zum Weltkrieg, so werden alle Regierungen der beteiligten Staaten ein vollgerichtetes Maß der Schuld daran tragen. Mit Grauen und Schrecken müssen sie alle an das Gericht denken, das dann über sie hereinbricht.

Krieg zwischen Oesterreich und Serbien.

Die Kriegserklärung erfolgt. — Deutschland beteiligt sich nicht an der Botschafter-Konferenz. — Die Lage verschärft.

Wien, 28. Juli. Eine Sonderausgabe der Wiener Zeitung veröffentlicht im amtlichen Teil die Kriegserklärung an Serbien wie folgt:

Auf Grund Allerhöchster Entschliessung der k. und k. Apostol. Majestät vom 28. Juli 1914 wurde heute an die königlich serbische Regierung eine in französischer Sprache abgefaßte Kriegserklärung gerichtet, welche in deutscher Uebersetzung folgendermaßen lautet:

Da die königlich serbische Regierung die Note, welche ihr vom österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad am 23. 7. 14 übergeben worden war, nicht in befriedigender Weise beantwortet hat, so sieht sich die k. und k. Regierung in die Notwendigkeit versetzt, selbst für die Wahrung ihrer Rechte und Interessen Sorge zu tragen und zu diesem Ende an die Gewalt der Waffen zu appellieren. Oesterreich-Ungarn betrachtet sich daher von diesem Augenblicke an als im Kriegszustand mit Serbien befindlich.

Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen: Graf Berchtold.

Der englische Vermittlungsvorschlag.

Berlin, 28. Juli. Nach dem Scheitern jeden Interventionsgeschäftes hat die englische Regierung, um einen europäischen Krieg abzuwenden, eine Vermittlungsaktion durch die vier Großmächte, Deutschland, Frankreich, England und Italien eingeleitet und versucht. Das Wesen der diplomatischen Vermittlung, im Gegensatz zu einer Intervention, besteht darin, daß sie im Einverständnis mit den betreffenden Gegnern unternommen wird. Diese sind aber für England im Sinne einer europäischen Gefahr: Oesterreich-Ungarn und Rußland. Daß man in Petersburg mit einer Vermittlung, von der man indirekten Einfluß auf die Entwicklung des österreichisch-serbischen Konfliktes erwartet, einverstanden sein muß, geht daraus hervor, daß der englische Plan von Sir Edward Grey gemeinsam mit dem französischen Botschafter Cambon und dem russischen Botschafter in London Grafen Bendenorff ausgearbeitet worden ist. Auf der anderen Seite ist es ungewiß, ob Oesterreich-Ungarn es schon jetzt vor Erledigung der serbischen Rechnung mit seinen Interessen vereinbar halten wird, sich irgendwie weiterhin diplomatisch zu binden. Will es dies nicht, so wird von Berlin aus ganz gewiß kein Druck ausgeübt werden. Die optimistische Deutung der russischen Mitteilungsberichte, die so günstig auf die deutschen Völkern gewirkt hat, wird in diplomatischen Kreisen zwar noch aufrecht erhalten, aber mit dem Vorbehalt, daß Rußland gerade die Vermittlungszeit zu einer Aenderung des Tempos seiner militärischen Vorbereitungen benutzen könne.

Deutschland lehnt ab.

Berlin, 28. Juli. Die deutsche Regierung erkennt die freundlichen Absichten der Vermittlungsvorschläge Sir Edward Greys durchaus an und würde auch eine auf Oesterreich-Ungarn und Rußland sich erstreckende Vermittlung für durchaus gerechtfertigt halten, sie kann aber an einer Vermittlung zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien gegen den Wunsch des Ersteren nicht teilnehmen, und da die Vorschläge Greys beide Vermittlungen vernünftiger, so erscheinen sie der deutschen Regierung für praktisch nicht Erfolg versprechend.

Köln, 28. Juli. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Man begrüßt die Initiative Sir Edward Greys. Es machen sich aber Zweifel geltend, ob als Organ für die Vermittlung eine Konferenz von vier Großmächten das geeignetste Auskunftsmittel darstelle. Es scheint für das Gelingen zweckmäßiger, sich im unmittelbaren Verkehr mit den Hauptstädten der beteiligten Kreise der fortlaufenden diplomatischen Erörterungen und Einwirkungen zu bedienen. Bei Unterstützung dieses Weges würde Deutschland es an Mitwirkung auch weiterhin nicht fehlen lassen.

Oesterreich lehnt jede Vermittlung ab. Wien, 28. Juli. Für heute mittag 12 Uhr ist die allgemeine Mobilisierung vorgegeben, falls bis dahin nicht eine Neutralitätserklärung Rußlands erlassen ist. Der Uebergang über die Donau und Save steht unmittebar bevor. Jede weitere Mähte Vermittlung außer zur Lokalisierung des Krieges ist ausgeschlossen. Oesterreich wird sich unbedingt ablehnen. Ein Nachgeben Serbiens wäre also zwecklos, Oesterreich geht jetzt auf nichts mehr ein. (Eine amtliche Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor. Die Red.)

bleibt der Krieg lokalisiert?

Wien, 28. Juli. Die Erklärung Sir Edward Greys in Unterhause findet hier, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, günstige Aufnahme, wie alle bisherigen Aeußerungen dieses Oesterreich-Ungarn sehr gut gefassten Staatsmannes. Es sei logisch, daß in einer Frage, welche Europa so stark bewege, alle Mächte daran dächten, den Weltfrieden zu erhalten. Diesen Zweck verfolgte die Rede Greys, und da sein Vorschlag auch dahin aufzufassen sei, daß eine Lokalisierung der Angelegenheit zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien erreicht werden sollte, so könne man dies hier nur mit Genugthuung begrüßen. Hinsichtlich des Passus in der Rede Greys betr. die Einstellung aller aktiven militärischen Operationen bis zur Beendigung der vergeschlagenen Konferenz gilt es wahrscheinlich, daß der englische Vertreter mit diesem Ersuchen an die österreichisch-ungarische Regierung herantritt, doch fürchtet man, daß die Sache viel zu weit vorgeschritten ist, als daß die Operationen noch eingestellt werden könnten. Greys Ueberzeugung, daß die deutsche Regierung der Idee einer Vermittlung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland im Prinzip günstig sei, bewege sich auf der Linie, die Deutschland verfolge, nämlich die Lokalisierung des Streites zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zu erreichen. Es sei übrigens vorläufig kein Grund, anzunehmen, daß die Lokalisierung nicht gelingen sollte.

Russische Mobilisierung.

Paris, 28. Juli. Nach Petersburger Meldungen hat Kaiser Nikolaus sich nach Finnland begeben, nach erteilter Ermächtigung, zunächst 14 Armeekorps und im Falle der Mobilisierung des deutschen Heeres die gesamte Wehrkraft auf Kriegszug zu stellen.

Petersburg, 28. Juli. Sämtliche im Auslande weilenden russischen Offiziere erhielten Befehl, sich unverzüglich bei ihren Truppenteilen einzufinden.

Russenflucht aus Deutschland.

Königsberg, 28. Juli. In den Städten der preussischen Provinzen längs der russischen Grenze packen die vielen Russen, die sich dort als Gewerbetreibende niedergelassen haben, ihr Hab und Gut, um fluchtartig Deutschland zu verlassen und sich in ihre Heimat zu begeben. In den Badeorten des Samlandes sind die russischen Badegäste abgereist; der Verkehr an den Bahnhöfen der Badeorte war bisweilen so stark, daß die Eisenbahn Sonderzüge fahren lassen mußte. Auch in der russischen Gemeinde Berlins, die etwa 25 000 Seelen zählt, macht sich bereits eine starke Erregung bemerkbar.

Der Ausbruch der Feindseligkeiten.

Berlin, 28. Juli. Der „Lokal-Anzeiger“ meldet aus Wien: Die österreichischen Truppen haben die ungarisch-serbische Grenze überschritten und im Vormarsch auf Mitrowitz (an der Save), den programmatischen Punkt erreicht. Die Serben wurden überall zurückgeschlagen. — In Wien wurde die Nachricht von dem Ausbruch der Feindseligkeiten mit stürmischem Jubel aufgenommen.

Wien, 28. Juli. Die Kämpfe an der Dina, dem hauptsächlich-serbischen Grenzfluß, haben begonnen. Serbische Freiwillige forzieren an mehreren Punkten den Fluß. Die österreichischen Grenztruppen erwidern das Feuer. Die Serben haben irrtümlich einen ihrer eigenen Transportdammer beschoßen. Sie haben viele tote und Verwundete. Die Mobilisierung der serbischen Armee schreitet rasch vorwärts und vollzieht sich überall glatt. Der Aufmarsch wird in wenigen Tagen beendet sein.

Weitere Telegramme siehe Seite 6.

Deutsche Politik.

Unterstützungen im Kriegsfall.

In Deutschland ist die Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienst einberufenen Seerespflichtigen geregelt nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Februar 1888. Nach diesem Gesetz erhalten die Familien der Mannschaften der Reserve, Landwehr, Ersatzreserve, Seewehr und des Landsturms Unterstützungen, sobald diese Mannschaften bei Mobilmachungen oder notwendigen Verstärkungen des Heeres oder der Flotte in den Dienst eintreten. Das gleiche gilt bezügl. der Familien solcher Mannschaften, die zur Disposition der Truppen- oder Marineteile beurlaubt sind, sowie der Mannschaften, die das wehrpflichtige Alter überschritten haben und freiwillig in den Dienst eintreten. — Die Unterstützung wird aber nicht wie bei den Friedensübungen schon gewährt, sobald sie verlangt wird, sondern stets nur bei gegebener Dürftigkeit. Diese wird bei jedem Gesuche unter Würdigung der Familien-, Erwerbs- und Vermögensverhältnisse sorgfältig ermittelt und von den zuständigen Stellen geprüft. Auf die Unterstützungen haben Anspruch: 1. die Ehefrau des in den Dienst eingetretenen, dessen eheliche und die den ehelichen gleichgestellten Kinder unter 15 Jahren, seine Verwandten in aufsteigender Linie und seine Geschwister; allen diesen Angehörigen muß bei vorliegender Bedürftigkeit eine Geldunterstützung gewährt werden. Die Unterstützungen sollen mindestens betragen: für die Ehefrau im Mai, Juni, Juli, August, September und Oktober monatlich 6 Mk. in den übrigen Monaten 9 Mk., für jedes Kind unter 15 Jahren, sowie für die anderen vorgenannten Angehörigen monatlich 4 Mk. Die Geldunterstützung kann teilweise durch Lieferung von Brot, Kartoffeln, Brennmaterialien usw. ersetzt werden. Unterstützungen von Privatvereinen und Privatpersonen dürfen auf diese gesetzlichen Mindestunterstützungen nicht angerechnet werden. Verwandten der Ehefrau in aufsteigender Linie und ihren Kindern aus früherer Ehe darf auch eine geringere Geldunterstützung gewährt werden. Entfernteren Verwandten, geschiedenen Ehefrauen und unehelichen Kindern steht ein Unterstützungsanspruch nicht zu.

Badische Politik.

Zentrumsprelle und Kriegshege.

In den letzten Wochen sind die deutschen Zentrumsblätter willige Abnehmer und eifrige Verbreiter all der in Wien fabrizierten anonymen Tendenzartikel und Sensationsmeldungen gewesen, denen der Kenner die Unwahrscheinlichkeit und die Absicht schon von weitem anah. Allemal wenn es sich um die Betätigung christlicher Gebote handelt, tritt die liberale Presse die christlichen Religionsgrundsätze mit Füßen, die nämlich Religion, als deren einzige zuverlässige Hüter sich diese Presse auszugeben nicht müde wird. Es blieb auch diesmal wieder der Sozialdemokratie vorbehalten, die Lehren Christi, den die Kirche den Friedesfürstern nennt, allein in die Tat umzusetzen und gegenüber den Kriegshegemonen das Banner der Kultur und der Humanität zu erheben.

Am ärgsten unter diesen Kriegshegemonen hat es in dem österreichisch-serbischen Konflikt die deutsche Zentrumsprelle getrieben, getreu ihrer freiwillig übernommenen Mission, hinter der Politik der kaiserlich-österreichischen Regierung Österreichs wie die Geloten herzulaufen und alles gutzuheißen und zu verteidigen, was in Wien an Dumheiten und Brutalitäten produziert wird. So erleben wir das Unglaubliche, daß nicht die Organe des reichsdeutschen Rüstungskapitals, sondern die Zeitungen des bayerisch-katholizismus den österreichischen Verbündeten zu seinem kurzschichtigen, plumpen, den Frieden Europas in beispiellos frivoler Weise gefährdenden Vorgehen ermunterten und ihm zum Beharren zureden.

So auch der „Bad. Beobachter“. Und weil wir diesem christlichen Zentralorgan dieserhalb etwas auf die Finger

klippen, nennt das Blatt uns das „Karlsruher Erbblatt“ und verdreht die Begriffe nach Möglichkeit. Es schreibt:

Die moralischen Begriffe unseres sozialdemokratischen Serbentums in Deutschland sind jedoch so forumpiert, daß die Sozialistenblätter samt einigen linksliberalen Anverwandten es als Verbrechen bezeichnen, wenn ein deutsches Blatt gerechte Sühne für einen vichischen Mord verlangt, der auf Anstiften des Großserbentums verübt wurde.

Der Mord an dem Thronfolger wird von uns ebenso beurteilt, wie von jedem anderen und jeder Sozialdemokrat hätte ihn wohl verhindert, wenn es in seiner Macht gelegen hätte. Weil wir diesen Mord beurteilen, deshalb beurteilen wir den Massenmord, der dieserhalb jetzt in Szene gesetzt werden soll. Erstens aus allgemeinen humanitären Gründen und zweitens, weil jetzt auf beiden Seiten an der Morbata ganz Unschuldige teilweise hingeschlachtet werden sollen, und drittens, weil in diesem Krieg der Keim eines Weltbrandes liegt, der unermessliches Leid über ganz Europa bringen würde. Das wäre dann die „Sühne“. Diese drei Gründe sollte man jedem Menschen mit gesundem Verstand begreiflich machen können, vor allem aber einem Geistlichen der Religion, die angeblich die „Liebe“ predigt.

Aus dieser unserer Stellungnahme gegen den Krieg im allgemeinen eine Inzuchtmaßnahme der „Königsmörder“ konstruieren zu wollen, ist eine Zusammenfügung, die uns jedoch bei einem Zentrumsblatt nicht mehr auffällt. In diesem Punkt kann man uns mit nichts mehr überraschen.

Die Fortschrittler und die Kandidatur Obfischer.

Der „Bad. Landesbote“ schreibt zur Kandidatur Obfischer im 12. Reichstagswahlkreise:

„Im Interesse des Gesamtliberalismus bedauern wir dieses Ergebnis. Die politischen Verhältnisse in diesem Wahlkreis sind außergewöhnlich schwierig, so daß von vornherein auf die Auffstellung eines Kandidaten größte Vorsicht verwendet werden mußte. Wir hätten gewünscht, daß nicht eine politische durch ihre Vergangenheit präconicierte Persönlichkeit wie Obfischer aufgestellt worden wäre. Daß dies doch geschehen ist, macht unseren Parteifreunden ein tafräftiges Eintreten für den nationalliberalen Kandidaten außerordentlich schwer. Wir haben den dringenden Wunsch, das Heibelberger Mandat dem Liberalismus zu erhalten. Ein nationalliberaler Sieg ist aber nur möglich, bei reiflicher Unterstützung des nationalliberalen Kandidaten durch die Fortschrittliche Volkspartei. Zentrum und Sozialdemokratie werden alle Kraft aufwenden, in die Stichwahl zu gelangen. Fällt der nationalliberale Kandidat aus der Stichwahl aus, so wäre die Wahl des liberalen oder konservativen Kandidaten unvermeidbar. Dieser Gefahr muß unter allen Umständen vorgebeugt werden. Es ist deshalb dringend zu wünschen, daß Herr Obfischer, nachdem seine Kandidatur unvermeidlich geworden ist, wenigstens alle Zusicherungen gibt, die den fortschrittlichen Wählern ein Eintreten für seine Kandidatur möglich machen.“

Na, das wird er schon machen. Die Fortschrittler sind wohl nicht zu anspruchsvoll.

Die „gemeinsame christliche Weltanschauung“.

Ein Mann in Kirchheim (Amt Heidelberg), der übrigens schon vor Jahren aus der Kirche ausgetreten ist und dessen Tochter sich verheiratet will, erhielt folgendes Schreiben:

Mainz-Kostheim, 25. Juni 1914.

Sehr geehrter Herr W...!

Ihre Tochter Rosa Katharina will sich mit einem Protestanten verheiraten. Auf dem Standesamt sind dieselben schon aufgegeben. Bis jetzt hat sich aber Ihre Tochter noch nicht zur Trauung angemeldet bei mir.

Ich bitte Sie, Ihre Tochter doch aufzufordern, Ihre Ehe vor dem katholischen Pfarrer zu schließen. Eine Ehe eines Katholiken vor einem nichtkatholischen Geistlichen ist ja eine schwere Sünde.

Mich der angenehmen Hoffnung hingehend, daß Sie als Katholik über Ihr Kind wachen, über das Sie vor dem Richteramt Gottes Rechenschaft ablegen müssen, zeichne hochachtungsvoll! Mäder, Pfarrer.

Eine schwere Sünde ist es scheint nur dann nicht, wenn der protestantische Bauer am Wahltag kräftig an dem Wagen schiebt, auf dem geistliche Zentrumsagitatoren im Lande herum zu Ehren der Konterpartien und des Zentrums Neflame machen für die gemeinsame christliche Weltanschauung.

Wader und die katholische Rechtslehre.

Wader hat sich neu- und demütig dem Gerichte unterworfen, das seine gelegentliche der Kundgebung der deutschen Zentrumsparlei zu Essen am 15. Februar 1914 gehaltene Rede „Zentrum und kirchliche Autorität“ auf den Index setzte. Für ihn ist also seine eigene Behauptung, daß das Zentrum „nicht unter die kirchliche Autorität gestellt, also nicht gehalten sein kann, von Trägern der kirchlichen Autorität, von Papst und Bischöfen, eventuell Besetzungen entgegenzunehmen“, dahin entschieden, daß er diese seine Auffassung als falsch und irreligiös verwirft und in der Folge, sofern er seine priesterliche Würde nicht abermals einer Gefahr aussetzen will, voll und ganz die Anschauungen der Kirche über ihre Autorität in weltlichen Dingen akzeptiert.

Da infolge der Waderschen Unterwerfung die kirchliche Autorität mehr als bisher der Zentrumsparlei ihren Stempel aufdrücken wird, mag es interessant sein, kurz darauf hinzuweisen, wie sich Autoritäten des Katholizismus aus jüngster Zeit zu dieser Frage stellen, wobei besonders der juristische Standpunkt ins Licht gerückt werden soll. Eine ganze Reihe neuerer kath. Kirchenrechtsschreier äußert sich nämlich hierzu — allerdings, wie vorweg bemerkt sein mag, in einem Sinne, der den interkonfessionellen Bestrebungen im Zentrum nicht angenehm klingt.

Die höchste Autorität der katholischen Christenheit, Papst Leo XIII. ist es, der denjenigen, die die Souveränität des katholischen Politikers verkünden, entgegenhält: „Man kann zwischen den Pflichten des Privatmanns und denen des Staatsbürgers nicht in der Art unterscheiden, daß die kirchliche Autorität im Privatleben Geltung habe, im öffentlichen dagegen keine Anwendung finde“. Schärfer werden diese Bestimmungen gefaßt in Serenrotter-Solwed's Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts, das sich hierzu äußert: „Daß das Irdische in vielfacher Beziehung für die Religion und Sittlichkeit von Bedeutung ist, das zeigt sich schon im kleinsten kirchlichen Kreis, in der Pfarrei. Im großen kehrt dieselbe Erscheinung wieder in den Staaten. Der Kirche geistliche Gewalt abspreiben über das Zeitliche, über die politischen Verhältnisse, heißt ihr die Vollmacht verjagen hinsichtlich des eigenen Zweckes“. In noch umfassenderer Weise wird jedoch die kirchliche Autorität proklamiert im „Katholischen Kirchenrecht“ des Dr. Franz Heinr. „Abitorre an der St. Römischen Kirche in Rom“, der schreibt: „Da die Kirche die Religion vermittelt und die geistlichen und ewigen Güter gewinnen soll, so ist alles das, was immer im Leben der Menschheit heilig ist, was auf das Heil der Seelen und den göttlichen Dienst Bezug hat, sei es an sich und seiner Natur nach, sei es wegen seiner Beziehung zu demselben, also wegen seines direkten geistlichen Zweckes, wenn es auch seiner Substanz nach Materielles in sich faßt, allein der kirchlichen Gewalt und ihrem Urteile unterworfen“. Da wohl die meisten Aufgaben der Politik mit zu jenen Dingen gehören, die im Leben der Menschheit heilig sind, so kann man aus diesen Bestimmungen eine beanspruchte Jurisdiktion der Kirche über den Staat herauslesen, was auch von P. Franz X. Wernz, gegenwärtig General der Jesuiten, bestätigt wird, wenn er diese Unterordnung zwar nicht als eine direkte, sondern nur als eine indirekte bezeichnet.

Wenn daher die „Königliche Volkszeitung“ der Ansicht ist, daß es noch ein weites Gebiet menschlicher Tätigkeit gibt, ohne daß die Kirche dabei irgend eine direkte Leistung ausübt, so wird diese Anschauung von P. Reginald M. Schultes, O. P., Professor am Collegium Angelicum zu Rom, als folgenschwerer Irrtum bezeichnet und betont: „Auf dem Gebiete der Moral gibt es kein „Freiland“, das der Lehrautorität der Kirche entzogen wäre, woraus

öffnung hervor — im Sommer benutzte ich den Kamin als Schrank — und machte mich mit Sachkenntnis daran, die leere Lampe zu füllen. Während ich mich damit abplagte, sah ich mein unbekanntes Gast im Zimmer um. Er mochte nicht viel Interessantes entdeckt haben, denn er stellte seine Inspektion bald ein, stützte den Kopf in die Hand und beobachtete, wie meine Lampe sich allmählich füllte. Keiner von uns sprach während dieser Prozedur ein Wort, erst als ich die kleine Lampe anzündete, huschte ein Lächeln über unsere Gesichter.

„Danke“, sagte der blonde junge Mann. „Aber, er trug seine Lampe nicht fort. Noch immer sah er, auf seine Knie gestützt, da und schien nachzudenken.“

„Sie haben gar kein Geld?“ fragte er nach einer kleinen Pause.

Ich begann zu lachen: „Welche Frage!“

„Und... und... Sie ergeben sich darein, daß Sie kein Geld haben?“

„Was soll ich tun? Ich habe alles zu Geld gemacht, was nur irgend zu Geld zu machen war. Jetzt warte ich.“

„Sie warten auf Geld?“

„Seit Wochen.“

„Und wie lange müssen sie noch warten?“

„Was weiß ich!“

„Und wie lange können Sie noch warten?“

„Wie lange?“

„Na ja... Sie haben seit sechsunddreißig Stunden nichts gegessen. Was glauben Sie, wie lange halten Sie es noch aus?“

„Oh... bis morgen abend halte ich es vielleicht noch aus.“

„Und morgen abend?“

„Auf diese Frage kann ich nicht antworten. Vielleicht bekomme ich morgen mein Geld...“

„Sie werden es nicht bekommen.“

„Ich hoffe es zu bekommen. Ohne diese Hoffnung würde ich es nicht einmal bis morgen früh aushalten...“

(Fortsetzung folgt.)

Das Familienhotel.

Roman von Eugen Helta.

2

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Erst jetzt fiel mir ein, daß der blonde junge Mann meine geheimten Gedanken erraten, ich aber mit meiner einfältigen Frage zugegeben hatte, daß er einen Blick in die Tiefe meiner Seele getan. Ich starrte ihn erstaunt an, aber bevor ich noch eine Frage an ihn richten konnte, begann er:

„Ich beobachte Sie seit einer guten Stunde.“

„Seit einer schlechten Stunde...“

„Sie haben recht. Sie sahen so erbittert, so finstern da, ich sah, daß Sie sehr unglücklich sind. Wo und zu sprangen Sie auf, beugten sich über das Geländer und blickten auf die Straße hinab, als ob Sie den Abstand messen wollten. Aber immer schreckten sie zurück. Eben jedoch lag eine so f... ere Entschlossenheit in Ihrem Gesicht, daß ich ein wenig erschraf. Ich rief instinktiv zu Ihnen hinüber: „Tun Sie es nicht!“ Ich bitte nachträglich um Entschuldigung, ich Pflege mich sonst nicht in die Angelegenheiten anderer Leute zu mischen.“

„Sie haben keinen Grund, um Verzeihung zu bitten, Ihr Wunsch tat mir wohl. Zu Besorgnissen war jedoch kein Anlaß, ich hätte doch nicht Selbstmord begangen.“

Der blonde junge Mann lächelte wieder:

„Aber spricht von Selbstmord? Ich wußte nicht, was Sie vorhaben. Ich sah nur, daß Sie angestrengt und qualvoll über etwas nachgrübelten... Und in Ihrem Zustande, in Ihrer Stimmung findet man immer die dümmste Lösung.“

Ich erröte. Zum zweiten Male bereits hatte ich mich vor dem Fremden demastiert. Der blonde junge Mann bemerkte scheinbar meine Verlegenheit, denn er fuhr fast entschuldigend fort:

„Es ist keine Hexerei dabei. Wenn zufällig nicht ich Sie, sondern Sie mich beobachtet hätten, so hätten, Sie dieselbe Erfahrung machen können. Ich war schon sehr oft in dem gleichen Zustand wie Sie... Und auch jetzt besteht kein Unterschied zwischen uns beiden. Auch ich habe keinen Tabak...“

„Woher wissen Sie, daß ich keinen Tabak habe?“ fragte ich ärgerlich.

„Ich sehe, daß Ihre Pfeife leer ist“, lachte der blonde junge Mann. „Seit einer Stunde halten Sie sie müde zwischen den Zähnen; wenn Sie Tabak besäßen, hätten Sie sie schon längst angezündet, und dann wären Sie auch nicht so schlechter Laune.“

Jetzt fing auch ich an zu lachen.

„Sie haben recht. Ich habe keinen Tabak...“

„Und seit vierundzwanzig Stunden haben Sie keinen Bissen zu sich genommen...“

Ich wurde neuerdings vom Jörn gepackt:

„Woraus schließen Sie das?“

„Sie haben recht; ich schließe es nur, ganz sicher weiß ich es nicht... Aber Sie haben seit gestern mittag Ihr Zimmer nicht verlassen, auch hat man kein Mittagessen auf Ihr Zimmer gebracht. Ich habe gute Ohren, ich hätte es hören müssen... Auch ich war den ganzen Tag zu Hause.“

Ich fühlte eine große Erleichterung und fragte mit einer gewissen Schadenfreude:

„Holatisch haben auch Sie seit sechsunddreißig Stunden nichts gegessen?“

„Sie irren sich“, lächelte der Fremde.

Ich sah ihn enttäuscht an. Aber er beruhigte mich:

„Sie irren sich nur in der Zeit. Ich hungere bereits seit zweiundvierzig Stunden. Und was das Traurigste ist: ich hungrig im Dunkeln. In Ihrem Zimmer brennt wenigstens eine Lampe, ich habe aber nicht einmal Petroleum...“

„Ich gebe Ihnen gern etwas von dem meinen ab. Es ist genug da. Wenn Sie Ihre Lampe füllen wollen...“

„Ich danke vielmals, Sie sind wirklich sehr liebenswürdig. Also, wenn Sie erlauben, so komme ich hinüber.“

Damit verschwand er vom Balkon, und auch ich ging ins Zimmer zurück, um dem blonden jungen Mann die Tür zu öffnen.

2. Kapitel.

Nach zwei Minuten erschien er mit seiner traurigen kleinen Lampe, die er mit einer graziösen Geste auf den Tisch stellte. Ich sah die Petroleumlampe aus der Kamin-

dann nicht, ...

das eigene Gewissen, die persönliche Ueberzeugung, maßgebend wäre."

Die Kirche steht, wie ersichtlich, ihre Kompetenzen auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens sehr weit und wenn Wader die kirchenrechtliche Literatur der letzten Jahre ebenso aufmerksam verfolgt hätte, wie die badische Politik, hätte er es sich ersparen können, daß eine Schrift von ihm auf den Index gesetzt wurde, deren Inhalt sie im vornherein für den Index prädestiniert machen mußte.

Verschiedene Vaterlandsliebe.

hsc. Wenn man zu normalen Zeiten einem normalen Menschen die Frage vorlegen würde, wen er für den wahren Patrioten hält, denjenigen, der Deutschland in einen blutigen Krieg hineintreibt, oder denjenigen, der versucht im Dienste des Friedens propagandistisch tätig zu sein, so würde die Antwort zweifellos lauten: Dem Friedenspropagandisten gebührt die Palme der Vaterlandsliebe und der Kriegsheer schadet dem Vaterland.

Was unseren schärfsten Widerspruch herausfordern muß, das ist die geradezu skandalöse Weise, mit der seitens der kirchlichen Presse die Friedenspropaganda der Sozialdemokratie beschmutzt und verlästert wird. Die Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie, gleich der Internationale der anderen Länder, sich verpflichtet fühlt, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um dem Volk und Vaterland so schmerzlich bedrohenden Krieg zu verhüten, genügt, um die Kriegsheer zu veranlassen, die Sozialdemokratie und deren Friedensliebe in häßlicher Weise zu beschimpfen.

Die Sozialdemokratie hat weiterhin niemals einen Zweifel darüber aufkommen lassen und die Ausprüche möglicherweise Parteiführer beweisen dies, daß sie Mann für Mann hinter dem Vaterland steht, wenn dieses in seiner Existenz bedroht ist und im Falle, daß das Vaterland in wirklicher Gefahr ist, sich durch niemand an Opfermut betreffen ließe.

Die Tatsache jedoch, daß die Sozialdemokratie bemüht ist, den Kriegsheern durch Friedensfundgebungen entgegenzutreten, um so gleich allen verantwortlich Denkenden im Sinne des Friedens zu wirken und den zur Betätigung dunkler Triebe aufgestellten Instinkten, bei denen, wie die „Frankf. Ztg.“ — zurzeit fast die einzige Oase in der bürgerlichen Presse — zutreffend schreibt, „die Werte der ethischen, geistigen und materiellen Kultur schlimm weg kommen“, Einhalt zu gebieten, genügt den Kriegsheern, uns das Verständnis für die Existenz des Deutschen abzusprechen, wenn nicht gar vaterlandslose Gefinnung nachzulagen.

Die Sozialdemokratie als die Partei der breiten Massen des Volkes hat nicht nötig, lange zu beweisen, daß ihr die Liebe des Volkes und damit des Vaterlandes am Herzen liegt. Denn beide liegt in ihrem innersten Wesen; sind es doch identische Begriffe. Die Erfüllung der vaterländischen Pflichten, im Falle es zum äußersten kommen sollte, ist aber, wie vorgehens Genosse Kurt Eisner in einer von vielen Tausenden besuchten Versammlung in München erklärte, für die deutsche Sozialdemokratie selbstverständlich. Um aber dieses „Keinheits“ zu verhüten, darf die Sozialdemokratie keine Maßnahme außer Acht lassen, die dazu angetan ist, den Frieden zu fördern. Denn die ewigen Werte der Menschheit liegen nicht im Kriege und nicht im Blutvergießen, sondern im Frieden und in der Entwicklung des Volkes zu höheren sittlichen, kulturellen und sozialen Formen.

Jugendbewegung.

Gegen die Arbeiterjugend.

Die sächsische Nadelstichpolitik macht sich auch auf dem Gebiete der Bekämpfung der proletarischen Jugend von den untersten Verwaltungsbehörden bis in die obersten Gerichtsstufen breit. Ein typisches Beispiel gibt folgender Fall: In dem erzgebirgischen Städtchen Altenburg, das zum Reichstagswahlkreis Dresden-Land gehört, wurde die Arbeiterjugend zu einer Versammlung eingeladen, in der sie über Ziele und Aufgaben der Arbeiterjugendbewegung informiert werden sollte. Wie gerichtlich festgestellt ist, wurde in der Versammlung peinlich alles vermieden, was ihr auch nur den Schein einer politischen Veranstaltung geben konnte. Dem dortigen Bürgermeister war das aber ganz schnuppe. Er verbot den Fortbildungsschülern mit Hilfe einer nicht einmal ordnungsgemäß bekanntgemachten Schulverordnung den Besuch der Versammlung! Und als trotzdem Einige hingingen, erhielten sie Strafmandate. Dagegen wurde die gerichtliche Entscheidung herbeigeführt. Das Schöffengericht sprach denn auch die Missetäter frei, weil durch eine Schulverordnung nicht das Vereins- und Versammlungsrecht beeinträchtigt werden könne.

Theater und Musik.

Die Detigheimer „Tell“-Spiele.

Benig verlockend sah der Himmel am Sonntag aus, und alle diejenigen, die es trotz der schwarzen dräuenden Regenwolken dennoch „paden“ wollten, mußten sich auf ihrem Weg zur Naturbühne stürmgepeitscht, wolkenbruchartige Regenschauer gefallen lassen. Das verminderte die Erwartungstreueigkeit jedoch keineswegs. Von allen Richtungen brachten die Jüge fast ebensoviele Besucher bei wie am herrlichsten Sonntag. Unter Witz und Scherzworten des Gelegenheitshumors wälzte sich die dichtgedrängte schwarze Menschenmenge auf dem regenüberweichten Ackerboden ihrem obdachlosen Ziele zu.

Ueber den Zweck der Spiele, über die Beschaffenheit des Spielplatzes, über den anerkanntwertigen guten Willen und über die Leistungen der Darsteller und über die feinfühlig, glückliche Hand des Spielleiters (des Herrn Ortsgemeindeführers Saier) haben wir ja schon früher ausführlich berichtet. Heute ist es von Interesse, die darstellerischen Fortschritte und die immer mehr zunehmende schauspielerische Sicherheit beobachten und feststellen zu können. Einmütig war man sich im Zuschauerraum darüber klar, daß so ziemlich alle Darsteller eine merkwürdige Ähnlichkeit gegenüber den früheren Aufführungen durchgemacht haben. Auch die großen Massenenszenen sind nun bedeutend freier und lebendiger im einseitlichen Fluß geworden.

Melchthal (Karl Drehlinger): „In die Augen, sagt ihr —?“ und der anschließende Monolog „O, eine edle Gimmelsgabe ist das Licht des Auges —“. Rob verdient Anton Kölmel als „Stauffacher“ für seine eindringliche, sorgfältig beobachtete Sprechweise, und seine Schilderung der Kriegsgrennel ichnen gerade in der gegenwärtigen Zeit einen tönenden Nachhall im Innern so mancher Zuhörer gewekt zu haben, denn kein Satz dürfte wahrhaftiger sein, als die Mahnung Stauffachers:

„O Weib! Ein fürchtbar wütend Schrednis ist „Der Krieg; die Heerde schlägt er und den Hirten!“

Zu einer sehr guten, verständnisvollen Sprecherin hat sich Emma Kalfrenner als „Stauffachers Weib“ herangebildet. Ueberhaupt scheint in dieser Beziehung (sprachliche Behandlung der Schillerischen Verse) während der winterlichen Ruhepause mit sehr viel Eifer und Sorgfalt nach Vervollkommenung gestrebt worden zu sein, denn was die Hauptdarsteller angeht, war bei allen das Trachten nach sprachbedingender Vervollkommenung wohlwollend herauszufördern. Das gilt besonders für Georg Kühn (als „Tell“), M. Fischer (als „Attinghausen“), Josef Sped (als „Walter Fürt“), und Emilie Kölmel (als „Tells Gattin“). Lina Weingärtner's „Verta“, von Bruned“ ist noch in guter Erinnerung und auch ihr Partner, Lehrer J. Vetter, dürfte, wenn er Ton und Spiel des jugendlichen Helden sich ganz zu eigen gemacht haben wird, als „Rudenz“ neben den anderen wohl bestehen können. Auch heute wieder müssen wir den scharfsichtigen, charakteristisch angefaßten „Gelehr“ Jos. Kölmel als die beste Leistung anerkennen. Gute Vorbilder mögen ihm vielleicht dazu gedient haben; aber wie er sich diese zunutze machte, verdient Lob. Hier hat der „Dirckwirt“ die Grenzen des Dilettantismus überschritten. — Nicht überlassen dürfen schließlich noch die schönen Gesänge der Schwestern Sophie und Elja Kalfrenner bleiben. Besonders das „Al-Solo“ ließ die prächtig gefärbte, flangschöne und große Stimme Elja Kalfrenner's im vorkeilhaftesten Lichte erscheinen. W. Sch.

Dieses Urteil ist das schlimmste, was bisher in Sachen an Bekämpfung der proletarischen Arbeiterjugend von Behörden und Gerichten geleistet worden ist.

Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs

fand am Samstag und Sonntag in Eßlingen unter dem Vorsitz des Genossen Fischer-Stuttgart statt. Dem Parteivorstand war Gen. Müller, von Wahren Simon, von Waden Strobel, vom Eschaj Peitres erschienen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde auf Antrag der Genossin Zetkin folgende Kundgebung gegen die Kriegsgefahr einstimmig angenommen:

„Die gegenwärtig drohende Kriegsgefahr kann jederzeit in das grauenvolle Völkermorden veranlaßt werden. Angesichts dieser ersten Lage erinnert die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs die werktätigen Massen daran, daß die Besitzenden und Herrschenden — insofern sie nicht unmittelbar oder mittelbar Kriegsinteressenten und Kriegsheer sind — sich zum mindesten als ohnmächtig erweisen, den Frieden und die Wohlfahrt der Völker zu wahren. Sie mahnt diese Massen daran, daß die kraftvolle und rücksichtslose Betätigung ihres Brüderlichkeitsgefühls mit den Ausgebeuteten aller Länder und ihres unerlöschlichen Friedenswillens die einzige sichere Bürgschaft dafür ist, daß die feine Hebe kriegsklüftiger Klüften und Schichten keinen Weltbrand entzündet.

Die Vertreter der Sozialdemokraten Württembergs geloben, die Massen auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes zu sammeln und zu schulen, damit sie bereit seien, opferwillig ihre volle wirtschaftliche und politische Macht zur Aufrechterhaltung des Friedens einzusetzen. Sie begrüßen das heldenhafte revolutionäre Proletariat Russlands, das aufs neue im Kampf für das wirtschaftliche und politische Recht der Ausgebeuteten die Waffe des Massenstreiks erprobt. Sie begrüßen es als einen starken Hort des Friedens in dieser verhängnisvollen Zeit. Indem das russische Proletariat durch den Massenstreik den Pazifismus, einen der gewissenhaftesten Kriegstreiber, lähmt, beweist es durch die Tat, welche starke Macht eine kühne, opferbereite Arbeiterklasse in den Kampf für Freiheit und Frieden einzusetzen vermag.“

Die von den Vertretern der Parteimajoren erhaltene Berichte gaben zu größeren Debatten keinen Anlaß. Eine Resolution, die vom Parteitag in Würzburg erwartet, daß er auf eine im Verein mit den Gewerkschaften vorzubereitende wirksame Kundgebung am 1. Mai hinarbeitet, wurde mit Mehrheit angenommen. Die Debatte erstreckte sich u. a. auf eine Beschwörung, die von Stuttgarter Genossen beim Landesvorstand gegen Mitglieder der Stuttgarter Parteileitung eingereicht wurde, und zu deren Erledigung der Landesvorstand die Einsetzung einer unparteiischen Untersuchungskommission beschlossen hat. Zwei während der Debatte eingebrachte Resolutionen wurden zurückgezogen, nachdem eine Verständigung zwischen dem Landesvorstand, dem Kreisvorstand und dem Stuttgarter Ortsvereinsvorstand über die Durchführung der Untersuchung in Aussicht gestellt wurde.

Eine heftige Debatte riefen die Anträge hervor, die sich mit dem Wahlrecht zur Landesversammlung befaßten. Ein Teil der Redner erklärte sich mit Rücksicht auf den Zusammenhang der keinen Mitgliedschaften mit der Landesversammlung gegen eine Aenderung. Andere Redner traten teils für den Antrag Göppingen ein, der die Kreisorganisation zur Grundlage der Delegiertenwahl machen und die Kreise in gleich große Bezirke einteilen will, teils für den Eventualantrag des Landesvorstandes, der die Wahlen in den Oberamtsbezirken vorzunehmen vorschlägt. Der Vertreter des Parteivorstandes, Gen. Müller, hielt keinen der Anträge geeignet zur Annahme, empfahl aber, eine ernste Prüfung der Frage, ob und wie eine Aenderung erfolgen kann. Das Ergebnis war der nehmend einstimmig gefaßte Beschluß, die Frage, ob eine Aenderung vorgenommen und ob beziehungsweise die Kreise oder die Reichstagswahlkreise als Grundlage der Wahl dienen sollen, einer Urabstimmung der Genossen des Landes zu unterbreiten. Entschieden sich eine Mehrheit für eine Aenderung, so soll die nächste ordentliche Landesversammlung über das Wahlrecht Beschluß fassen.

Zu der Sonntagsfeier lag die Nachricht vom Ausbruch des Krieges zwischen Oesterreich und Serbien vor. Zu diesem neuen Ereignis nahm die Landesversammlung sofort durch eine von der Genossin Zetkin unter stürmischem Beifall begründete Resolution Stellung, die einstimmig angenommen wurde.

(Wir geben die Resolution in dem Artikel: „Oesterreichisch-serbischer Krieg“ — Friedensfundgebungen des Proletariats — wieder.)

Ueber die Reichspolitik referierte Genosse Hildenbrand, der eingangs die Kriegsgefahr, die Kriegsbegeisterung und die Aufgaben des arbeitenden Volkes in dieser Situation scharf beleuchtete. In den weiteren Ausführungen rückte er die Annahmen des Militarismus und die rücksichtslose Macht- und Interessenspolitik der Konterrevolution in den Vordergrund.

Kleines feuilleton.

Dr. Georg Kerchensteiner, der bekannte Pädagoge und liberale Reichstagsabgeordnete, begeht am 29. Juli seinen 60. Geburtstag. Als Politiker sind wir seine Gegner — als Pädagoge dagegen besitzt er unsere Sympathien. Er ist unter den bürgerlichen Schulreformern ungefähr der einzige, der für eine so selbstverständliche Forderung wie die Einheitschule eingetreten wagt, d. h., er will die sogen. „höhere Schule“, die Schule der „höheren“ Knaben und Mädchen, deren Eltern über das entsprechende Einkommen verfügen, um das Schulgeld bezahlen zu können und ihre Kinder nicht schon als Halb-erwachsene in das Erwerbsleben hinauszuweisen zu müssen, beiseite und die höheren Schulklassen ohne Rücksicht auf die materielle Lage der Eltern den höher Begabten zugänglich machen. Außerdem fordert er die „Arbeitschule“, in deren Unterricht nicht immer bloß noch Büchern auswendig gelernt und abgefragt werden soll, sondern in der auch praktische Arbeiten angefertigt werden müssen.

Kerchensteiner ist selbst aus der Volksschule hervorgegangen. Zwei Jahre lang war er Volksschullehrer. Dann erst holte er die Gymnasialstudien nach und studierte in München. Nachdem er einige Jahre Gymnasiallehrer in Nürnberg, Schweinfurt und München gewesen, wurde er 1896 zum Württembergischen Stadtschulrat und Leiter des gesamten Volks- und Fortbildungsschulwesens ernannt, das er bis unendlich zu reformieren bemühte. Als pädagogischer Schriftsteller ist er durch Werke wie: „Die Grundlagen der Schulorganisation“, „Der Begriff der Arbeitsschule“, „Charakterbegriff und Charaktererziehung“, „Die Entwicklung der völkerverständigen Völkervergabung“ u. a. bekannt geworden. Wenn er nun an seinem 60. Geburtstag geodet und zum Ritter geschlagen werden wird (was in Bayern bei solcher Gelegenheit nicht ausbleibt), so wird er diese „Ehrung“ ja wohl kaum ausschlagen — aber über ihr hoffentlich noch weniger begreifen, wie schwer, ja fast unmöglich es in dem Kulturstaate Deutschland einem Volksschüler gemacht ist, die „höhere Schule“ zu erklimmen.

Ueber die Landespolitik erstattete Gen. Dr. Lindemann ein umfassendes Referat, das den reaktionären Zug der württembergischen Regierungspolitik mit den letzten Wahlen in Zusammenhang brachte und die arbeiterfeindliche Haltung der bürgerlichen Parteien scharf beleuchtete. — Nach kurzer Debatte wurde die folgende vom Landesvorstand vorgeschlagene und vom Gen. Reil begründete Resolution einstimmig angenommen:

„In Erwägung, daß die Mächte der Reaktion mit erhöhten Anstrengungen auf die Niedertreibung der Klassenbewußten Arbeiterbewegung hinarbeiten, daß sie insbesondere den geschäftlichen Kampf der Arbeiter um eine bessere Lebenshaltung durch geschwindige Hemmungen der gewerkschaftlichen Tätigkeit zu unterbinden suchen, daß sie die Organe der Rechtspflege zur Verfolgung der dem Völkerverfrieden dienenden Bestimmungen und zur Verherrlichung des auf die Unterdrückung des eigenen Volkes abzielenden barbarischen militärischen Geistes mißbrauchen, daß sie der Erziehung der Arbeiterjugend zu einer freien, proletarischen Lebens- und Weltanschauung mit den Mitteln polizeilicher Gewalttätigkeit in den Weg treten, fordert die Landesversammlung die Arbeiter und Arbeiterinnen Württembergs auf, alle Kräfte einzusetzen, um die Feinde des arbeitenden Volkes, die die Sonderinteressen einer kleinen Minderheit den Lebensbedürfnissen der schaffenden Volksmassen überordnen, in die Schranken zu weisen.“

Die Landesversammlung legt zugleich Vermehrung ein, gegen das terroristische Gebahren der Gehpresse, die die gesetzmäßige Bekämpfung republikanischer Ueberzeugung zu einer weiteren Entredung und Anebelung der Sozialdemokratie auszusprechen sucht.

Gegen den verschärften reaktionären Zug in der Politik der württembergischen Regierung, insbesondere gegen die Abkämpfung der dringenden sozialpolitischen Forderungen und die Vergeßlichkeit der Arbeiterjugendbewegung erhebt die Landesversammlung entschiedenen Protest. Die Erste Kammer hat sich in der letzten Tagung in erhöhtem Grade als ein Werkzeug einseitiger Interessen der bestehenden Klasse erwiesen, das die Verwirklichung sozialer und kultureller Aufgaben rückwärtig verhält. Es ist daher die Pflicht der sozialdemokratisch gesinnten Volksmassen, den Kampf gegen die Erstzinsten dieses Privilegien-Parlaments mit gesteifter Kraft fortzusetzen.

Die Landesversammlung fordert Wahrung der gesetzlich gewährleisteten Rechtsgleichheit auch gegenüber proletarischen Organisationen jedweder Art. Sie gibt der unerschütterlichen Entschlossenheit der Sozialdemokratie Württembergs als eines Gliedes der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie Ausdruck, mit allen geeigneten Mitteln den Kampf für volle politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit fortzusetzen bis zum endgültigen Siege.“

Gegen eine Minderheit fand ferner eine vom Gen. Westmeyer begründete Resolution Annahme, die der Reichstagsfraktion für ihre Tätigkeit im Allgemeinen Anerkennung zollt und das Eigenbleiben beim Kaiserthum begrüßt.

Genosse Fischer-Stuttgart erstattete dann ein kurzes Referat über den Internationalen Kongress. Als Delegierte für Württemberg wurden Fischer und Genossin Schrödin-Neutlingen gewählt.

Ueber die Jugendfrage sprach Gen. Müller-Berlin. Er lenkte insbesondere die Aufmerksamkeit auf den Militarismus als die treibende Kraft im Kampfe gegen die proletarische Jugendaufklärung. Ein Antrag, der den Genossen, die ihre Kinder der Arbeiterjugendorganisation nicht zuführen, von Ehrenämtern auszuschließen will, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag, der verlangt, daß die Jugendbeilage der „Tagewacht“ auch den Provinzialblättern beigelegt werden soll, wurde dem Landesvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Zur Frage der Frauorganisation sprach Genossin Müller. Sie gab insbesondere Anregungen für die praktische Arbeit zur Gewinnung der Frauen. Die bestehende Frauenagitationskommission wurde durch Zustellung einiger weiterer Mitglieder aus den größeren Wahlkreisen erweitert.

Abgelehnt wurde ein Antrag, der die Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen solche Parteimitglieder verlangt, die an Versammlungen von Kriegervereinen teilnehmen.

Die nächste Landesversammlung findet in Stuttgart statt. — In den Landesvorstand wurden die alten Mitglieder wieder, an Stelle des ausscheidenden Gen. Frey Steinmeyer gewählt. Die Zusammensetzung des Landesauschusses bleibt dieselbe.

Mit einem anfeuernenden Schlusswort des Vorsitzenden Fischer und einem Hoch auf die Internationale erreichte die Versammlung um 8 Uhr ihren Schluss.

Sofort nach Schluss der Landesversammlung zogen die Teilnehmer im Verein mit den Massen der Schlinger Arbeiter den Berg hinauf auf die Burg, eine Ruine der alten Stadtbefestigung, woselbst eine Rundgebung für den Völkerverfrieden improvisiert wurde. Einem Freisprecher folgten Ansprachen der Genossen Schildbrand, Müller, Simon, sowie der Genossinnen Müller und Jettin. Die lautstößige Jubelmenge stimmte der scharfen Kennzeichnung des Chauvinismus und der kapitalistischen Ursachen der Kriege stimmlich zu. Ein Hoch auf den Sozialismus und der Gehalt unserer alten Kampflieder bildete den Schluss der eindrucksvollen Zusammenkunft.

Gewerkschaftliches.

Wörzheim. Unterm Geitzigen erschien ein Eingekand im „Wörzheimer Anzeiger“, wobei aber selbstverständlich der Eingekander nicht den Mut hat, seinen Namen zu unterzeichnen, sondern nur ein Z. als Unterschrift einträgt. (Ein S. hätte aber auch nicht mehr Platz eingenommen.) Es muß offen gesagt werden, daß dieser Eingekander keinen Begriff haben kann von den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in der Firma Frey. Es wäre nur zu wünschen, dieser Eingekander würde einmal Sand anlegen in diesem Betrieb; er würde sich vielleicht bei einer Arbeitszeit von 14—15 Stunden ohne Bezahlung von Ueberstunden, wie das beim Fabrikpersonal der Fall ist, eines anderen bestimmen. Geradezu unverschämmt ist es, wenn der Eingekander behaupten will, der Verband zahlt nur Unterstützung auf bestimmte Zeit. Zugleich gibt er noch bekannt: „Derr Frey gehört jetzt erst recht unterstützt.“ Ob aber die „Wörzheimer Arbeiterhochschule“ mittut, ist fraglich. Auch Herr Frey appelliert an das Bürgerthum und an die anständig denkenden Arbeiter. Würde Herr Frey von Anfang an unserer Auffassung noch a u f a n d i g denkend gewesen, so würden jetzt nicht verschiedene Klagen seines Anstandes wegen gegen ihn laufen. Die Ausgesperrten.

Soziale Rundschau.

Soziale Stiftungen. In den letzten Wochen erhielt der badische Landesverein für bildungsfähige Krüppel eine Reihe von Vermächtnissen und Schenkungen, nämlich von Fräulein Verla Majer in Karlsruhe 20 000 M., Fräulein Antonie Sulzberger in Konstanz 3000 M., Reich Witwe Erben, Heidelberg, 500 M. Diese Zuwendungen sind sehr zu begrüßen, denn sie kommen zu einer Zeit, wo Hilfe dringend ist. Durch den Umbau des Landeskrüppelheims wurden die Vermögensmittel erschöpft, so daß die unbedingt erforderlichen Ergänzungsarbeiten in Kraxen aufhört sind. Der Anfall fehlt der Turn-

saal, die Schulräume haben sich bereits als zu klein erwiesen und außerdem haben sich schon im 1. Betriebsjahr weitere Bedürfnisse geltend gemacht.

Oppenau, 27. Juli. Zu der auf Freitag anberaumten Versteigerung des Wades Antogast ist trotz der in vielen Zeitungen, Hotel- und ärztlichen Fachzeitschriften erfolgten Bekanntmachung wiederum kein anderer Kaufinteressent erschienen, als die Ortskrankenkasse Mannheim, welche das Anwesen zu einem Arbeiterwohnheim für ihre Kassemittelglieder ausgehalten will. Die Krankenkasse gab für sämtliche zu dem Anwesen gehörigen und amtlich auf 437 000 M. geschätzten Grundstücke das höchste Angebot mit 300 000 M. ab, also 20 000 M. mehr als bei der im April abgehaltenen Versteigerung. Der Mehrerlös kommt dem Gläubiger der 2. Hypothek zu. Termin der Verkündung der Entscheidung über die Verteilung des Aufschlages ist vom Vollstreckungsgericht auf 7. August festgesetzt.

Schwetzingen, 23. Juli. Bei den Wahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse wurden für die Liste des Gewerkschaftskartells 671 Stimmen, für die der Christlichen 641 Stimmen abgegeben. Es entfallen auf jede Liste mithin 20 Ausführlstellen. Bei der ersten Wahl waren 19 Ausführlstellen auf das Gewerkschaftskartell und 21 auf die Christlichen Nationalen entfallen.

Mannheim, 28. Juli. Der 16. deutsche Handwerks- und Gewerbetag wurde heute von Obermeister Plate-Gannover im „Friedrichspark“ eröffnet. Hierzu waren etwa 400 Delegierte erschienen. Zahlreiche Redneringen der deutschen Bundesstaaten hatten Vertreter entsandt. Als Vertreter des badischen Ministeriums des Innern sprach Geh. Oberregierungsrat Schneider und für die Stadt Mannheim Oberbürgermeister Ruper. Generalsekretär Rönisch erstattete den Jahresbericht, an den sich eine längere Aussprache angeschlossen.

Kommunalpolitik.

z. Bürgerausschussführung in Söllingen. kommenden Samstag, abends 8 Uhr, findet hier eine Bürgerausschussführung statt, mit 4 Tagesordnungspunkten. 1. Publikation der Sparfassenrechnung von 1913. 2. Geländeberlauf an Franz Rupp Wth. in der Waldgasse. 3. Geländeberwerb zu einem Teatloir im Königsbader Weg. 4. Löbnerhöhung der Steinfeher von 3 M. auf 3,50 M. Die Sitzung ist öffentlich; es hat also Jedermann das Recht als Zuhörer den Verhandlungen beizuwohnen.

Aus der Partei.

Rangensteinbach, 27. Juli. Die hiesigen Parteigenossen hatten alles aufgegeben, um den zu unserm auf letzten Sonntag angefallenen Bezirksfest eingeladenen auswärtigen Brudervereine einige angenehme Stunden zu bereiten. Jedoch es ging wie es im Schillerischen Gedicht „Die Glode“ heißt: „Doch mit den Schicksals Mächten ist kein enger Bund zu schließen ufm.“ Eine Regenwolke um die andere zog vorüber und jede bedachte unsere Ort und die Umgebung mit den sonst gewöhnt oft erwünschten Ergüssen. Die Folge davon aber war, daß die zahlreichen Brudervereine, die ihr Erscheinen zugesagt hatten, ausblieben. Unter diesen Umständen mußten wir das Fest a u f a c h t Tage verschieben. Wir machen die Genossen darauf aufmerksam, daß der schon ausgefallene Saal zur Festhalle 3—400 Personen faßt. Wir sind also in der Lage, bei einigermaßen günstigem Wetter am nächsten Sonntag unser Fest bestimmt abzuhalten. Das Komitee.

Berichtszeitung.

Ein prächtiger Kriminalausmann. Am Dienstag hatte sich vor der 6. Strafkammer des Landgerichts 1 Berlin der ehemalige Kriminalausmann Alfred W o s z zu verantworten, der bereits im September v. J. vom Landgericht 2 Berlin zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, weil er einen seiner Vigilanten angestachelt hatte, mit einem anderen Verbrecher einen Einbruch in der Wohnung des Angeklagten zu begehen, wobei letzterer den Einbrecher zum Krüppel schloß. Jetzt wurde dem Angeklagten zur Last gelegt, einen Polizeivigilanten aufgefordert zu haben, mit zwei Verbrechern des Raads nach dem Berliner Tiergarten zu kommen, um mit einem reichen Fabrikbesitzer, der gewöhnlich mehrere Tausend Mark bei sich führe, zusammenzutreffen und mit ihm unethische Dinge zu verüben. Der vermeintliche Fabrikbesitzer war aber der Kriminalausmann Alfred W o s z. Die Verbrecher wurden aufgefordert, den Fabrikbesitzer zu überfallen und zu berauben. Nach ihren Verabredungen am Dienstag vor Gericht haben sie eine Beraubung nicht durchgeführt; sie seien nur mitgegangen, um zu sehen, was im Tiergarten geschähe werde. Bei dieser Gelegenheit seien sie angeschossen und schwer verletzt worden. — Nach langer Verhandlung beantragte der Staatsanwalt wegen vorläufiger Körperverletzung eine Zusatzstrafe von 3 Monaten Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte jedoch auf Freisprechung, da die Sache nicht genügend aufgeklärt erscheine, zumal die Zeugen nicht voll glaubwürdig seien. Es könnte vielleicht auch nur eine fahrlässige Körperverletzung vorliegen; dazu fehle aber der erforderliche Strafentwurf.

Aus dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Würzburg 1914.

V. Reichstagswahlen. Seltener haben in einem Berichtsjahre so viel Reichstagswahlen zum Reichstag stattgefunden, wie in diesem. In 17 Wahlkreisen waren die Mandate durch Tod des bisherigen Abgeordneten oder durch Ungültigkeitserklärung oder durch Niederlegung des Mandats erledigt. In drei Fällen kamen Mandate unserer Partei in Frage. Dresden-Neustadt und Hamburg I, die durch den Tod der Genossen Raden und Bebel erledigt waren, wurden der Partei erhalten. In Kerichow I und II, wo Genosse Haupt im Januar 1912 bei der Stichwahl 7 Stimmen mehr als sein konservativer Gegner erhalten hatte, war eine Nachwahl nötig, weil der Reichstag das Mandat für ungültig erklärt hatte. Hier entbrannte ein Wahlkampf, wie er in gleicher Schärfe selten geführt ist. Unsere Genossen erlangen im ersten Wahlgange 608 Stimmen mehr als im ersten Wahlgange 1912, in der Stichwahl gelang es aber den Konservativen, uns das Mandat zu entreißen. Ueber den „Erfolg“ herrschte großer Jubel im schwarzen Lager. Kurze Zeit zuvor war es dem Zentrum gelungen, den Kreis Offenburg zurückzuerobern. Die Freude an dem Umschwung nach rechts sollte aber nur von sehr kurzer Dauer sein. Denn bald nachher fiel der Reichsverbandsgeneral Liebert in Worn-Bogau durch, wo unser Genosse Hüffel gewählt wurde. So mußte Liebert, der so oft präbte, daß die Sozialdemokratie durch den Reichsverband vernichtet werden würde, selbst seinen Reichstagsstuhl einem Sozialdemokraten überlassen. In diesem Wahlkampf hatte der Reichsverband seine fähigsten Leute aus ganz Deutschland zusammengezogen. Alle Praktiken des Reichsverbandes versagten. Einen weiteren empfindlichen Verlust hatten die Konservativen im Kreise Stendal-Osterburg.

Hier unterlag der konservative Schafmader Joseph dem liberalen Bauernbündler Nachhoff de Wente in der Stichwahl. Stellt man die Resultate der Reichswahlen neben die Resultate der Hauptwahl, so ergibt sich folgendes Bild:

	Hauptwahlen 1912			Reichswahlen 2. Aug. 1912 u. Ende Mai 1913		
	abgegebenen Stimmen	für Sozialdemokr.	Prozent	abgegebenen Stimmen	für Sozialdemokr.	Prozent
Weilheim	23 488	8794	16,2	22 574	3 321	14,7
Kognit-Billfallen	19 220	2 964	15,4	18 728	3 248	17,3
Landshut	17 583	1 871	10,6	16 595	1 635	9,8
Wahl-Platt	25 326	5 217	20,6	21 770	4 680	21,0
Dresden-Neustadt	58 223	31 640	54,3	56 441	31 202	55,3
Hamburg I	30 486	20 683	67,7	28 050	17 532	62,8
Neumarft	15 904	661	4,2	18 392	527	3,9
Leobfahrig	10 094	899	8,9	7 954	33	—
Rosenberg-Böbau	20 255	800	1,5	19 603	—	—
Offenburg	24 295	3 705	15,2	24 914	3 032	12,1
Kerichow I u. II	30 181	11 092	36,7	31 692	12 634	40,0
Stichwahl	30 519	15 263	50,0	31 936	15 267	47,8
Alm-Land	65 598	24 288	36,5	66 770	24 512	36,7
Worn-Bogau	28 126	11 586	41,3	27 239	12 077	44,3
Stichwahl	26 139	19 069	72,9	21 574	14 321	66,3
Samter-Dornid	30 222	1 084	3,6	30 102	630	2,1
Schmetz	16 974	161	1,0	15 882	107	0,7
Braunsberg-Heilsb.	16 871	398	2,5	11 930	227	1,9
Stendal-Osterburg	26 619	7 484	27,9	26 103	6 911	26,7

Landtagswahlen.

Geringere Erfolge als in den letzten Jahren hatten wir bei den Landtagswahlen. Am 21. Oktober waren die Landtagswahlen in Baden. Im Jahre 1909 hatten die badischen Genossen der Partei eine freudige Ueberraschung bereitet, insofern als die Wahlen ein unerwartet günstiges Resultat brachten. 1905 wurden bei der allgemeinen Wahl 81 812 Stimmen abgegeben, wovon 50 431, also 22,5 vom Hundert, auf unsere Genossen entfielen. 1909 stieg die Gesamtstimmengahl auf 90 619, aber die unserer Genossen auf 86 184 = 23,6 vom Hundert. Bei den letzten Wahlen hatten wir nur in den vier indifferentsen Bezirken Stimmengewinn, während die rein kändlichen Bezirke fast überall einen Rückgang an Stimmen hatten, und zwar einen so starken Rückgang, daß das Gesamtergebnis einen Stimmenverlust aufwies. Stellt man die Resultate der letzten drei Wahlen nebeneinander, dann ergibt sich folgendes Bild:

	1905	1909	1913
Abgegebenen Stimmen	281 813	300 619	331 428
Für Sozialdemokraten	50 431	86 184	74 633
Zentrum und Konservative	126 463	117 102	146 496
Liberalen Parteien	105 929	97 333	110 296

Wir verloren sieben Mandate. Die Zusammensetzung der Kammer ist jetzt folgende:

	von 1913	In der vorigen Legislaturperiode
Sozialdemokraten	13	20
Nationalliberale	20	17
Fortschrittler	5	7
Zentrum	30	26
Konservative	5	3
Zusammen	73	73

Unter den 20 Nationalliberalen sind drei, die mit Hilfe des Zentrums gewählt sind und die in wichtigen Fragen auch mit dem Zentrum stimmen.

Am 25. Oktober fand in Stuttgart eine Reichstagswahl zum Landtag statt, weil Genosse Silberbrand aus Württemberg bezogen ist. Bei der Hauptwahl 1912 hatte Genosse Silberbrand von 9408 abgegebenen Stimmen 6715 erhalten. Jetzt erhielt Genosse Pfleger 5647 von 9845 abgegebenen Stimmen. Der Bezirk gehört zu dem sichersten Besitztümern unserer württembergischen Genossen.

Bei einer Nachwahl in Altenburg in Schmölln am 8. November behaupteten unsere Genossen das Mandat. Unser Genosse erhielt 1671, der Gegner 433 Stimmen.

In Lübeck wurde ein Teil der dortigen Bürgerchaft (Wahlbezirk Landtag) neu gewählt. Man hat ein Wahlrecht geschaffen, wodurch es den Arbeitern höchstens gelang, einen Bruchteil der Abgeordneten zu wählen. Im Landbezirk eroberten unsere Genossen ein neues Mandat. Im Stadtbezirk hatten unsere Genossen vier Mandate der sogenannten zweiten Wahlklasse zu verteidigen. Diese Mandate waren bei der vorigen Wahl mit 3962 gegen 1061 gegenwärtige Stimmen erobert. Jetzt erhielten unsere Genossen 4218 Stimmen, während die Zahl der gegenwärtigen Stimmen auf 952 zusammenschmolz. In der sogenannten ersten Wahlklasse, in der die Bürger wählen, die drei Jahre hintereinander ein Einkommen von mindestens 2000 Mark befreit haben, wurden 33 Abgeordnete gewählt. Und hier floßen die Stimmen unserer Genossen um reichlich ein Drittel, während die Stimmen der Gegner zurückgingen. Mandate dieser Klasse wurden nicht gewonnen. Die Zahl der Abgeordneten unserer Partei stieg von 12 auf 13.

In Neu-Ulm fand nach dem Wahlrechtsraub (Einführung des Pluralwahlrechts) am 10. Dezember die erste allgemeine Wahl statt. Bei der Reichstagswahl 1912 hatte das Fürstentum 32 192 eingeschriebene Wähler, wovon 17 009 für die Sozialdemokratie und 14 886 für deren Gegner stimmten. Jetzt bei der Reichstagswahl wurden 41 770 Stimmen abgegeben, weil die Besitzenden mehr Stimmen abgeben können. Von diesen Stimmen erhielten unsere Genossen 14 081. Ein Genosse wurde gewählt und vier Genossen kamen in Stichwahl, von denen ein Genosse am 30. Dezember gewählt wurde. Die Gegner haben also ihren Zweck erreicht, indem sie Mandate, die sie in ebenem Kampfe nicht erringen können, durch Wahlrechtsverfälschung ergatterten.

Bei Reichswahlen verloren wir in Sachsen das Mandat des verstorbenen Genossen Riem und in Oldenburg das Mandat für das Fürstentum Lübeck.

In Kurland, wo unsere Genossen das Mandat des verstorbenen Genossen Stamper zu verteidigen hatten, wurde am 27. Juni Genosse Endres gewählt.

Unsere Partei ist in den Landtagen der Bundesstaaten in folgender Stärke vertreten:

Bayern	30	Schwarzburg-Rudolstadt	8
Sachsen	25	Gotha	8
Hamburg	20	Hessen	8
Württemberg	17	Sachsen-Altenburg	7
Bremen	16	Sachsen-Weimar	4
Baden	13	Reuß a. L.	3
Lübeck	13	Reuß f. L.	3
Oldenburg	11	Anhalt	1
Schwarzburg-Rudolstadt	11	Schwarzburg-Rudolstadt	1
Schwarzburg-Weimar	10	Schwarzburg-Weimar	1
Sachsen-Meinungen	9	Schwarzburg-Sondershausen	1

Die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten beträgt also 220 gegen 231 im Vorjahre.

Antwortnote der serbischen Regierung.

Wien, 28. Juli. Die Antwort der serbischen Regierung vom 25. (12.) Juli wird nunmehr mit Anmerkungen der k. k. Regierung im Wortlaut veröffentlicht. In diesen Anmerkungen heißt es u. a.: Die serbische Regierung beschränkt sich darauf, festzustellen, daß seit Abgabe der Erklärung vom 18. März 1909 am seiten der serbischen Regierung und ihrer Organe kein Versuch zur Aenderung der Stellung Bosniens und der Herzegovina unternommen wurde.

Die Behauptung der serbischen Regierung, daß die Ausführungen der Presse und die Tätigkeit von Vereinen privaten Charakters habe und sich der Staatskontrolle entziehe, steht in vollem Widerspruch zu den Einrichtungen moderner Staaten, selbst der zivilisierten Richtung auf dem Gebiete der Presse — und des Vereinswesens, das einen öffentlich-rechtlichen Charakter hat und Presse, sowie Vereine der staatlichen Aufsicht unterstellt.

Die Bemerkung der serbischen Regierung, die sie durch die Behauptung, daß Angehörige Serbiens an der Vorbereitung des in Serbien verübten Attentats teilgenommen hätten, schmerzlich überaus gewesen, sie habe erwartet, zur Mitwirkung bei den Nachforschungen über dieses Verbrechen eingeladen zu werden und sei bereit gewesen, um ihre vollkommene Korrektheit durch Tatsachen zu beweisen, gegen alle Personen vorzugehen, hinsichtlich welcher ihr Mitteilungen zugekommen wären, wird als unrichtig bezeichnet. Die serbische Regierung sei über den gegen gewisse Personen bestehenden Verdacht genau unterrichtet gewesen und nicht nur in der Lage, sondern auch nach ihren internen Gesetzen verpflichtet gewesen, ganz spontane Erhebungen einzuleiten. Sie hat in dieser Richtung gar nichts unternommen. Die Forderung Oesterreich-Ungarns, „die königlich serbische Regierung verurteile diese gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Propaganda“, ist dahin geändert worden, daß die serbische Regierung jede Propaganda verurteile, die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet sein sollte und nicht ist.

Weiter hatte Oesterreich-Ungarn gefordert, daß die serbische Regierung jede Publikation unterdrücke, die zum Haß und zur Verachtung der Monarchie aufreize und deren Tölpelung gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichtet ist. Statt dessen hat uns Serbien die Erlassung gewisser Gesetze an, die als Mittel zu diesem Erfolg dienen sollen, ohne die geringste Garantie zu dem gewünschten Erfolg zu bieten.

Zu der Erklärung der serbischen Note, die Regierung bestreibe keinerlei Beweise dafür, und auch die Note der k. u. k. Regierung liefere ihr keinen solchen, daß der Narodna Obrana und andere ähnliche Gesellschaften bis zum heutigen Tage durch eines ihrer Mitglieder irgendwelche verbrecherische Handlungen begangen hätten, daß aber der Narodna Obrana aufgelöst werden solle, wird bemerkt: Die monarchiefeindliche Propaganda des Narodna Obrana erfülle in Serbien das ganze öffentliche Leben. Es ist daher eine ganz unzulässige Reserve, wenn die serbische Regierung behauptet, daß ihr davon nichts bekannt ist. Ganz abgesehen davon hatte die austro-ungarische Note verlangt, die Propagandamittel dieser Gesellschaft zu konfiszieren und die Neubildung der aufgelösten Gesellschaften unter anderen Namen und anderer Gestalt zu verhindern. In diesen beiden Punkten schneidet das Belgrader Kabinett vollkommen.

Indem die serbische Regierung an die Zusage der Entlassung der fraglichen Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Polizeidienst die Bedingungen knüpft, daß diese Personen durch ein Gerichtsverfahren schuldig befunden werden, schränkt sie ihre Zusage auf jene Fälle ein, in denen diesen Personen ein strafgesetzlich zu ahndendes Verbrechen zur Last gelegt wird und erfüllt unsere Forderung auch in diesem Punkte nicht. Wenn die serbische Regierung erklärt, daß sie jede Mitwirkung von Organen der k. u. k. Regierung anzunehmen bereit sei, wenn den Umständen des Völkerrichts und des Strafprozesses sowie den freundschaftlichen Beziehungen entsprochen würde, so wird dazu bemerkt:

Diese Resolution Serbiens ist unverständlich und wäre bei ihrer vagen und allgemeinen Form geeignet, zu unüberwindlichen Schwierigkeiten beim Abschluß des betreffenden Abkommens zu führen.

Was die Mitwirkung delegierter Organe der k. u. k. Regierung bei der strafrechtlichen Untersuchung anbelangt, die als Verletzung der Verfassung und der Strafprozessordnung abgelehnt worden ist, so bemerkt die k. k. Regierung hierzu:

Unser Verlangen war ganz klar und nicht zu mißdeuten. Wir forderten: Erstens: Die Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen die Teilnehmer an dem Komplott. Zweitens: Teilnahme von k. u. k. Organen an den hierauf bezüglichen Erhebungen (Reserve im Gegensatz zu: Enquete judiciaire). Es ist uns nicht befallen, k. u. k. Organe an den serbischen Gerichtsverfahren teilnehmen zu lassen. Sie sollten nur an den polizeilichen Vorüberhebungen mitwirken. Wenn die serbische Regierung hier mißverstehen, so tut sie das bewußt, da sie sich der Kontrolle des einleitenden Verfahrens zu entziehen wünscht, das bei korrekter Durchführung höchst unerwünschte Ergebnisse für sie liefern würde und da sie keine Handhabe besitzt, in plausibler Weise die Mitwirkung unserer Organe an den polizeilichen Verfahren abzulehnen, so hat sie sich auf den Standpunkt begeben, der ihrer Ablehnung den Schein der Berechtigung geben und unserem Verlangen den Stempel der Unerfüllbarkeit aufdrücken soll. In Sachen des Milan Ciganovic wird konstatiert, daß die Behauptung, daß dieser schon am 15. resp. 28. Juni aus dem serbischen Staatsdienst ausschied, unrichtig sei. Er hat sich noch drei Tage nach dem Attentat, als seine Teilnahme an dem Komplott bekannt wurde, im Auftrage der Belgrader Polizeipräsidentur nach Ribari begeben. Hierzu kommt, daß der Polizeipräsident von Belgrad, der die Abreise des Ciganovic selbst beantragt hatte, und wußte, wo sich dieser aufhielt, in einem Interview erklärt habe, einen Mann dieses Namens gäbe es in Belgrad nicht. Bezüglich der Aeußerungen serbischer Beamter nach dem Attentat hatte die serbische Regierung entsprechende Erklärungen zugefugt, sobald diese Aeußerungen näher beachtet und nachgewiesen sei, daß sie tatsächlich gefallen seien.

Krieg zwischen Oesterreich u. Serbien.

Letzte Meldungen.

Französischer Ministerrat.

Paris, 28. Juli. Der Ministerrat, der gestern abend um 7 Uhr zusammentrat, dauerte mehrere Stunden. Sämtliche in Paris anwesenden Minister nahmen daran teil. Ueber den Inhalt der Konferenz verlautet nichts Genaues. Doch erklärt man, daß alle Minister über die am Samstag

in den Ministerien entfaltete Tätigkeit Bericht erstattet haben.

Konstantinopel, 28. Juli. Tanin schreibt, indem es die Möglichkeit eines Weltkrieges, den das Volk immer noch für ausgeschlossen hält, folgendes: Auf dem Balkan, namentlich in der Türkei, gibt es heute keine Freunde von Abenteuern. Solange der Krieg lokalisiert bleibt, wird die Türkei nichts anderes unternehmen, als die Neutralität bewahren. Wenn sich aber der Krieg auf Europa und die anderen Länder ausbreiten sollte, wird auch die Türkei eine neue Richtlinie suchen. Wir wünschen aber, daß es nicht soweit kommen möge.

Wien, 29. Juli. Der Kaiser hat ein Manifest erlassen, in dem es heißt: „An meine Völker! Es war mein dringender Wunsch, die Jahre, die mir durch Gottes Gnade noch beschieden sind, den Werken des Friedens zu widmen und meine Völker vor den schweren Opfern und Lasten eines Krieges zu bewahren. Im Rate der Vorsehung ist es anders beschloffen. Die Umtriebe eines habgierigen Gegners zwingen mich zur Wahrung der Ehre der Monarchie, zum Schutze der Ehre, des Ansehens und ihrer Machtstellung und zur Sicherung ihres Bestandes, nach langen Jahren des Friedens zum Schwert zu greifen.“

Neuwitz, 29. Juli. Die Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns rief an der Getreidebörse wilde Erregung hervor. Die ältesten Mitglieder erklärten, daß sie eine derartige Aufregung an der Börse seit 1889 nicht mehr gesehen hätten. Am Kaffeemarkt verursachte die Nachricht von der Kriegserklärung einen Preissturz von 47—48 Punkten. Am Baumwollmarkt sanken die Preise um 35 bis 40 Punkte, was ebenfalls auf die Kriegserklärung zurückgeführt wurde.

Modulzell, 28. Juli. Das in Brezeng stationierte österreichische Regiment ist in der Nacht zum Montag nach Süden abgezogen, nach dem es schon tags zuvor in feldmarschmäßigen Zustand berufen worden war. Der telephonische Verkehr von hier nach Brezeng kann nicht mehr stattfinden. Die österreichischen Truppen sind sämtlich vom Staat besetzt und dem Publikum nicht mehr zugänglich.

Karlsruhe, 28. Juli. Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt halbamtlich: Infolge teilweiser Mobilisierung der österreichisch-ungarischen Armee ist auf den von der Mobilisierung betroffenen Linien der österreichischen Eisenbahnen der Zivilerverkehr mit sofortiger Wirkung eingestellt worden. Die Einstellung des Personen- und Gepäckverkehrs findet am Mittwoch vom 29. auf 30. Juli statt. Nach den gesperrten Linien rollende Güter werden angehalten und dem Absender zur Verfügung gestellt, in Oesterreich selbst entladen und auf Lager genommen oder gegeben. Nähere Auskunft erteilen die Güter- und Personenstationen.

Sozialistische Friedens-Kundgebungen.

Freiburg, 29. Juli. In Freiburg tagte gestern abend im Saalbau Wiehre eine überfüllte Versammlung, die in schärfster Weise gegen den Krieg protestierte. Durch den repräsentativen Beifall unterstrich die Versammlung die Ausführungen des Referenten, Reichstagsabgeordneter Emmel. In einer Resolution, die fast einstimmig Annahme fand und die außer der energischen Stellungnahme gegen den Krieg auch die sofortige Einberufung des Reichstags forderte, fand der Friedenswille der über 700 Versammlungsbesucher seinen Ausdruck. Einige junge Bürgerschüler, die seit dem Ausbruch des Krieges auf den Straßen herumgelaufen, suchten sich ab und zu durch Zwischenrufe bemerkbar zu machen. Die Versammlung war polizeilich überwacht.

Stuttgart, 28. Juli. Die hiesigen Sozialdemokraten protestierten heute abend in drei stark besuchten Versammlungen gegen den Krieg. Es wurde eine Resolution angenommen, in der u. a. die sofortige Einberufung des Reichstags verlangt wird. Die Teilnehmer wollten in der Stadt vor den Zeitungslokalen demonstrieren, wurden aber von der Polizei daran verhindert. Gegen 10 Uhr versammelte sich am Königsbau eine patriotisch gesinnte Volksmenge und stimmte vaterländische Lieder an, während die Sozialdemokraten, die sich auf dem Schloßplatz aufgestellt hatten, sozialdemokratische Lieder sangen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung war ein starkes Polizeiaufgebot in Tätigkeit und auch Militär wurde, insbesondere zum Schutze der russischen Gesandtschaft, requiriert.

Hamburg, 29. Juli. Die Sozialdemokratie hatte für heute abend 19 Volksversammlungen zum Protest gegen den Krieg einberufen. Sie waren teilweise sehr stark besucht, eine von 6000, eine andere von 3 bis 4000 Personen. Es wurde eine Resolution gefaßt, in der man sich gegen die imperialistische Politik ausdrückt und daneben die arbeitslosen Interessen für den Weltkrieg verantwortlich macht. Durch das unerhört leichtsinnige Verhalten der Regierung Oesterreich-Ungarns sei die schwerste Gefahr in nächster Nähe gerückt. Die deutsche Regierung sollte nicht nur eine friedliche Haltung beobachten, sondern auch alles aufbieten, um Oesterreich-Ungarn zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts zu bringen.

Solingen, 28. Juli. Die sozialdemokratische Arbeiterkassette von Solingen nahm in einer großen Protestversammlung gegen den Krieg, in der Reichstagsabgeordneter Dittmann (Nemtschid) sprach, eine Entschliebung gegen den Krieg an. Die Arbeiter wurden aufgefordert, sich zu Straßendemonstrationen und nötigenfalls zu einem Generalstreik bereitzustellen.

Berlin, 28. Juli. Die heutigen sozialdemokratischen Protestversammlungen gegen den Krieg sind bei starker Beteiligung im allgemeinen ruhig verlaufen.

Paris, 28. Juli. Die Gruppe der geeinigten Sozialisten hat heute vormittag in einer Versammlung beschlossen, eine Erklärung auszugeben, die in der Öffentlichkeit werden soll. Ferner hat die Gruppe ihr Bureau beauftragt, sich um Minister des Reiches zu bemühen, um ihn um Klärung über die europäische Lage zu eruchen und ihn einzuladen, zu erwägen, ob es eintretendenfalls nicht angemessen sein würde, das Parlament einzuberufen.

Paris, 28. Juli. Nachdem der Verband der Arbeiterkassette der Seine seine Mitglieder gestern abend zu einer Kundgebung für den Frieden auf den Boulevards

zusammenberufen hatte, herrschte gegen 9 Uhr abends ein sehr lebhaftes Treiben. Als in der Nähe des Faubourg Poissoniere ein Ruf „Nieder mit dem Krieg“ laut wurde, erfolgten Gegenkundgebungen. Man rief: „Es lebe die Armee“. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her und nahm mehrere Verhaftungen vor. Später versammelten sich wieder Leute in dem Faubourg Poissoniere, welche „Nieder mit dem Krieg“ riefen, und die Internationale sangen. Die Polizei gestreckte sie ebenfalls.

Paris, 28. Juli. Die Vertretung der Arbeiterkassette des Seine-Departements ruft alle Arbeiter zu Protestversammlungen gegen den Krieg auf. Die Versammlungen sollen in großem Umfange am kommenden Mittwoch in allen Teilen des Landes stattfinden.

Paris, 29. Juli. Der revolutionäre allgemeine Arbeiterverband erhielt einen Aufruf, in dem der Wunsch ausgesprochen wird, daß der österreichisch-serbische Konflikt sich nicht ausdehnen möge. Dies vermöge aber das französische Volk für sich, wenn sie wirklich ehrlich für den Frieden arbeiteten. Das sei eine Kraft, welche besser als alle geheime Verträge den endgültigen Erfolg sichere.

Grubenunglück.

Dortmund, 28. Juli. Auf der Zeche Adolf von Hansmann in Menge geriet während der Nacht das Flöz Dittersbank auf Schacht 2 in Brand. Bis 6 Uhr früh wurden sechs Tote geborgen. Man schätzt die Zahl der Ungelungen insgesamt auf fünfzehn.

Dortmund, 28. Juli. Nach Auskunft des Oberbergamts bestätigt sich die Meldung von dem Unglück auf der Zeche Adolf von Hansmann. Bisher sind 7 Tote geborgen worden. Ebenjoviele Verletzte befinden sich noch in der Grube. Ueber ihr Schicksal ist nichts bekannt. Das Unglück ereignete sich dadurch, daß ein Damm, der einen Flözbrand abdammen sollte, durchbrannte. Von der Zeche selbst sind bisher bestimmte Einzelheiten nicht zu erfahren.

Dortmund, 28. Juli. Nach endgültigen Feststellungen sind bei dem Unglück auf der Zeche Adolf von Hansmann, das sich bereits gestern abend 10 Uhr ereignete, dreizehn Verletzte getötet worden. Drei Verletzte haben durch ausströmende Gase schwere Verletzungen erlitten. Sie wurden in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus gebracht. Von den Getöteten sind sieben bereits geborgen, während sechs sich noch in der Grube befinden. Man hofft die Leichen noch heute nachmittag bergen zu können. Von den getöteten Verletzten waren zwei ledig, einer verheiratet, die übrigen verheiratet. Die Verletzungen der Getöteten sind verhältnismäßig leicht; die meisten wurden durch Einatmen giftiger Gase schnell und wohl auch schmerzlos getötet.

Madame Cailleur freigesprochen.

Paris, 28. Juli. Am heutigen letzten Tage der Verhandlung spottet der im Saale herrschende Andrang jeglicher Beschreibung. Der Präsident erteilt nach Eröffnung der Sitzung zunächst den Advokaten der Zivilpartei, Seligmann und Chenu das Wort. Seligmann, der als erster spricht, beschränkt sich in der Hauptache auf die Verteidigung des Figaro. Der nach ihm sprechende Anwalt Chenu geht seinerseits zum Angriff über und schildert in dramatischer Szene das Leben des ermordeten Calmette. Als Chenu beim Mordbote angelangt ist und die schreckliche Szene in der Redaktion des Figaro wieder gibt, wird Frau Cailleur abermals von einem Ohnmachtsanfall betroffen. Da es nicht möglich ist, sie sofort wieder ins Bewußtsein zurückzurufen, mußte die Sitzung unterbrochen werden. Die Unterbrechung dauerte fast ¼ Stunden. Als Frau Cailleur wieder erwidert, war sie geisterhaft blaß. Chenu setzte sein Plädoyer kurz nach vier Uhr fort und forderte die Geschworenen auf, ihr Urteil auf überlegten Mord zu sprechen.

Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, worauf Frau Cailleur freigesprochen wurde. Bei der Verkündung des Urteils brach ein Teil des Publikums in laute Weisallrufe aus, ein anderer Teil in feierliche Protestrufe. Der Verteidiger Labori schloß seine Verteidigungsrede mit den Worten: Sprechen Sie Frau Cailleur frei! Sprechen wir unseren Hohn für unsere äußeren Feinde auf und verlassen wir alle diesen Saal mit dem Entschlus, uns einträchtig gegen die Gefahr zu richten, die uns droht!

Letzte Nachrichten.

Bürgerauswahlwahlen in Oberfrank.

Oberfrank, 28. Juli. Bei der heute stattgefundenen Wahl der 3. Wählerklasse zum Bürgerauswahl stimmten von 312 Wahlberechtigten 230 ab. Es erhielten Stimmen: Die Sozialdemokratie 46, die Liberalen 33, die Fortschrittler 23 und das Zentrum 123. Vertreter entsandten somit: Auf die Sozialdemokratie 2, die Liberalen 1, die Fortschrittler 1 und das Zentrum 6.

Bürgermeisterwahl in Colmar.

Colmar, 28. Juli. Der Gemeinderat wählte in seiner heutigen Sitzung den Oberlandesgerichtsrat Dieffenbach zum Bürgermeister als Nachfolger Blumentals mit 24 von 34 abgegebenen Stimmen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gesellschaftliches und Soziales: Hermann Adels für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, a. l. e. in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Briefkasten der Redaktion.

P. O. M. Das kommt auf die Geschäftsordnung an. Im allgemeinen ist es aber nicht üblich, daß derjenige, der in einer Debatte gesprochen hat, dann selbst einen Antrag auf Schluß stellt. Man kann es ihm zwar nicht verwehren, aber als schon wird es nicht betrachtet.

Wasserstand des Rheins.

20. Juli.
Schusterinsel 3.30 m, neil. Oom. Lehl 4.42 m, gest. 10 cm.
Raxau 6.31 m, gest. 21 cm, Naunheim 5.78 m, neil. 7 cm.

Volks-Schuhreparatur
36 Waldhornstraße 36
Edle Marzgrafenstraße
früher Jähringerstraße 19,
fertigt sämtliche Arbeiten in bes-
kannt guter Qualität.
Herren-Sohlen und Abfüge
Mark 3.00
Damen-Sohlen und Abfüge
Mark 2.10.
Auf jede Reparatur kann ge-
wartet werden. 741

Herde, Oesen, Gasherde,
Küchen- u. Haushaltungs-
Artikel, Glas- u. Porzellan-
Waren 1985
kauft man immer noch am
besten und billigsten bei
Crust Mary
45 Luisenstraße 45
Telephon 3086.

Herren- und
Damen-Kleider
reingt und färbt billig
Färberei Firnrohr,
Kaiserstraße 28. 2229

Pfannkuch & Co
2844
Einige weitere
Waggons
Billige
Kartoffeln
„Kaiserkrone“
3 Pfd. 15 Pfg.
Zentner 4.25
Vord- u. Mittel-
Italiener
feinste gelbfleischige
Salat-Kartoffel
3 Pfd. 22 Pfg.
10 Pfd. 70 Pfg.
Zentner 6.50
Malta-
Kartoffeln
3 Pfund 30 Pfg.
Pfälzer
Zwiebeln
Pfd. 10 Pfg.
Neue Holländer
Bollheringe
Stück 10 Pfg.
Neue
Bismarck-
heringe
Stück 10 Pfg.

„Kaiserkrone“
3 Pfd. 15 Pfg.
Zentner 4.25
Vord- u. Mittel-
Italiener
feinste gelbfleischige
Salat-Kartoffel
3 Pfd. 22 Pfg.
10 Pfd. 70 Pfg.
Zentner 6.50
Malta-
Kartoffeln
3 Pfund 30 Pfg.
Pfälzer
Zwiebeln
Pfd. 10 Pfg.
Neue Holländer
Bollheringe
Stück 10 Pfg.
Neue
Bismarck-
heringe
Stück 10 Pfg.

Pfannkuch & Co
C. m. b. H.
Kaufmann
Kaufmann

Pfannkuch & Co
C. m. b. H.
Kaufmann
Kaufmann

Für die Reise

Leder-Waren

Die Spezial-Abteilung für
ist für die Reise-Saison bedeutend
vergrößert und bietet eine besonders
grosse Auswahl aller in Frage kom-
menden Artikel. — Trotz der wirklich
auffallend billigen

Preise bringen wir nur gediegene und
sauber gearbeitete Lederwaren zum
Verkauf, für deren Solidität wir die
weitgehendste Garantie übernehmen.

Preisliste kostenlos.

Hermann

TIETZ

Stadtgarten (billiger Tag)
Seite Mittwoch den 29. Juli, 8 Uhr abends

Opern- und
Volkstümliches Konzert
gegeben von der
Feuerwehr- u. Bürgerkapelle Karlsruhe
Direktion: Königl. Obermusikmeister A. D. S. Riese.
Eintritt { Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten 10 Pfg.
 { und von Kartenheften 20 Pfg.
 { Sonstige Personen 20 Pfg.
 { Soldaten und Kinder je die Hälfte.
 { Programm 10 Pfennig. 2648
Die Konzert-Abonnementskarten haben Gültigkeit.
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

CAFÉ BAUER
Abschieds-Konzert
des nach Oesterreich ein-
berufenen beliebten Kapell-
meisters Herrn
Rudi Heller.

Gipsler gesucht.
Tätige Gipsler können sofort
eintreten. 2648
G. u. S. Altmendinger,
Gipsler- und Stuckateurgeschäft,
Karlsruhe i. B.,
Melanchthonstraße Nr. 2.
Offertiere echte 1914er
Ital. Hühner. Beste
Eierleger der Welt.
Verlangen Sie Katalog
umsonst. **G. Eiberger, Sais-**
stadt Nr. 77, Baden. 742

Fango-Kuranstalt

Mokkaffee, Einmachkränder
in jeder Größe, gebrauchte und
neue, billig zu verkaufen. 2589
Durlacherstraße 57, parterre

Palast-Lichtspiele
Karlsruhe Herrenstr. 11 Karlsruhe
Schönstes und modernstes Lichtspiel-Theater
am Plage.
Luftiger 10 Meter hoher Theateraal.
Angenehmer kühler Aufenthalt.

Programm
von Mittwoch den 29. Juli bis einschl.
Freitag den 31. Juli.
Der Mälarssee. Herrliche Naturaufnahme aus
Schweden und Norwegen. 2648
Alte Köpfe — junge Herzen. Humoreske.
Palast-Lichtspiel-Revue. Neuestes aus aller
Welt.
Dem Abgrund entgegen.
Großes Drama in 3 Abteilungen.
Von ersten italienischen Bühnenkünstlern dargestellt.
Bilder aus dem Gisaatsale (Tirol). Wunder-
bares Reliefbild.
Albert kann nicht niesen. Tolle Komödie.

Die Strafgefängene Nr. 63.
Dramatisches Lebensbild in 3 Akten.
Zu gefälligem Besuche ladet ergebenst ein
Die Direktion: Friedrich Schulten.

Friedrichsbad. 1487
Lokale Fango-Applikationen
gegen Rheumatismus, Gicht, Neuralgie, Ischias,
besonders wirksam zur Resorption aller Exsudate,
namentlich bei chronischen Frauenkrankheiten.



Resi-
denz-
Theater
Waldstraße 30.
Hoher, angenehm kühler, durch
Riesen-Ventilationen und Zu-
führung von „Ozon“ gelüfteter
Raum.
Programm
für Mittwoch, den 29. bis
inkl. Freitag, den 31. Juli.

Das Kriegsglied
der Rheinarmee
in 3 Akten.
In den Hauptrollen Wanda
Treumann u. Viggo Larsen.
Ansichten von Rom
Naturaufnahme.
Das verhexte Zweirad
Humoreske.
Der Film als Wahr-
heitsbeweis
Drama.
Der Truthahn als
Friedenstifter. Humor.
Kinematographischer
Tagesbericht.
Aktuell.
Der letzte der Stuarts
Drama.
Die Wassernixe
Wunderbares Märchen.
Uluk im Film
Humoristisch.

Nachm. 3 bis 1/2 Uhr
hat auch
die Jugend
unter 16 Jahren
Zutritt. 2641

2 engl. Betten mit Valentrost,
2 Betten mit hoch. Haupt, mehrere
andere Betten mit oder ohne
Federbett von 25 Mt. an, einzelne
Bettlatten mit Holz von 10 Mt.
an, eint. Schränke 8—17 Mt.,
zweit. Schränke u. Schifftüchere
16—35 Mt., Kommode 12—20 Mt.
Nachtische, Tische und Stühle,
Küchenschränke, Hocker, gute
Kopfkissen, offene Hoch-
haar, gutgehende Nähmaschine für
15 Mt., Schreibtische, Stuhl, Pul-
ter, sonstige Möbel aller Art
sind billig zu verkaufen 2649
D. Gutmann, Rudolfsr. 12.



Sportwagen,
zusammenlegbar, zu verkaufen.
Schillerstr. 23, 2. St., r.

Erdal
Erdal macht Ihnen eine kostlose Pro-
be (jeleand leik), wenn wenige Be-
weispunkte geben einen dauerhaften
Heilung. Sie haben geringe Aus-
gaben, wenn Erdal in ein Glas und
gerade im Gebrauch. Aufpassen
auf den Inhalt damit wieder
wird. Ihr Schilfer damit wieder
bar gekannt erhalten. In un-
serer
also nur 1/2 Pf. Erdal-Schilfer!

Fortsetzung unseres Saison-Räumungsverkaufs

In allen Abteilungen bedeutende

Preisermäßigungen, trotzdem doppelte Rabattmarken. SPIEGEL & WELS.

Restaurant „Goldener Adler“,
Spezialausschank der Brauerei Kammerer.
Jeden Donnerstag
Schlacht-Tag.
Hochachtend Ernst Müller.

Bekanntmachung.
Die Herren Mitglieder des Vorkommensschusses beehre ich mich zu einer öffentlichen Versammlung auf
Donnerstag, den 30. Juli ds. Js., nachmittags 3 Uhr,
in den großen Rathensaal ergebenst einzuladen.
Tagesordnung:
1. Errichtung einer Milchzentrale unter Beteiligung der Stadt (Vorlage 49).
2. Erwerbverordnung des Stadtteils Weierheim, der Orte Deutschneureut, Weiseneureut und Fulaach (Vorlage 62).
3. Herstellung des südlichen Teils der Dreifische-Strasse (Vorlage 63).
4. Beschaffung von offenen Wagen für die städtische Straßenbahn (Vorlage 64).
5. Beteiligung der Stadt an einer Hypotheken-Sicherungs-Gesellschaft (Vorlage 65).
6. Verkauf des städtischen Miteigentumsanteils an dem Anwesen Karl-Strasse 34 (Vorlage 66).
7. Erneuerung der Straßenbahnleihe in der Karl-Friedrich-Strasse und auf dem Marktplatz (Vorlage 67).
8. Erbauung einer elektrischen Straßenbahn nach Neureut (Vorlage 68).
9. Die Herstellung von Teilen der Schnebler-, Karl-, Reichs- und Hohenzollern-Strasse (Vorlage 69).
10. Erweiterung des Gaswerks II (Vorlage 70).
11. Einrichtungen im Tiergarten-Restaurant (Vorlage 71).
12. Errichtung einer Häuserkassette (Vorlage 72).
13. Errichtung eines Konzerthauses (Vorlage 73).
14. Ankauf des Grundstücks Lgb. Nr. 2303 (Vorlage 75).
15. Beschaffung eines Personenautomobils für die Stadterhaltung (Vorlage 76).
Karlsruhe, den 21. Juli 1914. 2497
1. er Oberbürgermeister:
Sieggriff. Ruedel.

Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilch-Seife für zarte, weiche Haut und blendend schönen Teint Stück 50 Pfg. Ferner noch „Bada-Cream“ rote und spröde Haut weiß und lammweich. Tube 50 Pfg. bei
C. Roth, Hofdr., Herrenstr. 26/28
W. Tscherning, Amalienstr. 19
Wilhelm Baum, Werderstr. 27
H. Biehler, Kaiserstrasse 223
J. Dehn Nachf., Zähringerstr.,
Otto Fischer, Karlstrasse 74;
L. Heilard, Engeldrog., Werderplatz 44,
in allen Apotheken;
in Grünwinkel: H. Böhler-Sinner,
in Mühlburg: Max Strauss,
in Durlach: August Peter.

Gefang-Berein „Gleichheit“
Karlsruhe.
Am-Gesv. Gleichheit 1904
Sonntag, den 2. August,
findet auf dem Kinder-Spielplatz beim
städt. Wasserwerk
Großes Waldfest
mit Kinderbelustigung
statt. Unsere werten Mitglieder nebst Angehörigen, sowie sämtliche Sanges-, Gewerkschafts- und Parteimitglieder sind dazu freundlichst eingeladen.
Zum Verkauf gelangt hell und dunkel Flaschenbier sowie alkoholfreie Getränke und Wurstwaren zu Tagespreisen.
Der Vorstand.

II. Grosse Wohltätigkeits-Geld-Lotterie
des Bad. Frauenvereins für Säuglings-Fürsorge.
Ziehung garant. 12. August
2327 Geldgew. ohne Abzug
27000 M.
Hauptgewinn bar:
10000 M.
2326 Geldgewinne:
17000 M.
Lose à Mk. 1.— (11 Lose Mk. 10.—, Porto u. Liste 30 Pfg.) empfiehlt
Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer
Strasbourg L. E., Langstraße 107.
Filiale: Lehl a. Rh., Hauptstr. 41.
In Karlsruhe: Carl Götz,
Bebelstr. 11/15, E. Flöge.

Städtisches Vierordtbad.
Gründlicher Schwimm-Unterricht
wird erteilt an Erwachsene und Kinder beiderlei Geschlechts.
Preis für Erwachsene 10 Mark.
Preis für Kinder 6 Mark.
1880
Tadellos billig und schnell
werden Sie bedient in der 1108
Färberei und chem. Waschanstalt
Telephon **D. Laseh** Telephon 1953
Zweitgrößtes und leistungsfähiges Geschäft dieser Branche am Plage.
Filialen in allen Stadtteilen.
Mitgl. d. Rabatt-Sparvereins. Verlang. Sie Rabattmarken

Pfannkuch & Co
Feinste Algier-Tafel-Trauben
Pfund 35 Pfg. 2645
Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
In den bekanntesten Verkaufszentren

Halt!
Warum kaufen Sie kein
Nordlandrad
Prima Fabrikat mit lang-jähriger Fabrik-Garantie.
Nr. 8 mit Innenlötlung } **48.00**
mit Jahresgummi }
3 Jahre schriftliche Garantie.
Mäntel von **1.70** an
„ mit 6 Monate Garantie **3.50** „
„ „ 12 „ **4.50** „
Luftschläuche **1.48** „
Gummilösung von **0.04** an
Ocellaternen „ „ **0.70** „
Carbidlaternen „ „ **1.50** „
Glocken „ „ **0.13** „
Pedale „ „ **0.85** „
Fusspumpen „ „ **0.55** „
Ketten „ „ **1.05** „
Schmieröl „ „ **0.10** „
Griffe „ „ **0.15** „
Rennhaken „ „ **0.15** „
Kotschützer
Garnitur von **0.70** an
Hosenklammern
per Paar „ **0.02** „
Schlösser von „ **0.10** „
Fahrrad-schlüssel „ **0.20** „
Gamaschen „ „ **0.40** „
Rucksäcke „ „ **0.70** „
usw
Reparaturen prompt und billig.
Nordische Stahlgesellschaft m. b. H.
81 Kaiserstrasse 81. 2281

Jeder Dame,
welche ihr ausgefallenes Haar einfindet, fertige schöne Zöpfe, Haarfedern, Kuppenverdecken usw. billigt an. Defekte Haararbeiten repariere billig.
Karl Mösch, Friseur
Aue bei Durlach. 2263
Städt. Badanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.
Medizinische Bäder.
Fichtennadel-Salz (Rappenauner oder Stassfurter).
Mutterlauge u. Schwefel-(Thiopinol-)Bäder.
Badezeiten an den Werktagen:
Von 7 Uhr vormittags bis 1/9 Uhr abends.
Auch über Mittag geöffnet. 5
An den Samstagen bis 1/10 Uhr abends.
Sonntags 7—12 Uhr.

15 bis 30%
Rabatt gebe ich auf Restbestände und Einzelpaare so lange Vorrat :- :- :-
10% Rabatt in bar
von heute bis einschliesslich 5. August auf sämtliche regulären
Schuhwaren
Niemand versäume die Gelegenheit!
Madlener, Schuh- und Auktionsgeschäft
Rüppurrerstr. 20. 2050
Drucksachen werden rasch und billig angefertigt in der Buchdruckerei des „Volkfreund“.

Sommertheater
Mittwoch, 29. Juli 1914, abends 8 1/2 Uhr, 2689
Boccaccio.
Vergabung von Straßenselag.
Die Herstellung nachstehender Straßenseläge ist öffentlich zu vergeben:
4960 qm Gehsteigpflast rd. 4000 bezw. 7000 qm Asphalt- oder Zerschotterbelag.
Angebote wollen unter Verwendung der besonderen Vorbrücke verschlossen, portofrei und mit entsprechender Aufschrift längstens
Freitag den 7. August d. J. vormittags 10 Uhr bei uns eingereicht werden. Bedingungen und Angebotsvorbrücke werden auf Verlangen kostenlos abgegeben. 264
Karlsruhe (Bad.), 12. Juli 1914. Städtisches Tiefbauamt.

Henkel's Bleich-Soda
Das beste zum Einweichen der Wäsche sowie zum Putzen, Scheuern und Spülen. Altbewährt und unerreicht!
HENKEL & Co., Düsseldorf.